

## INHALT:

### GI Aktuell

Seite 262

### GI Leitsätze

Seite 262, 272, 282

### Steuerberaterhonorar

Seite 263

Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB / Unterbrechung  
der Verjährung, § 201 BGB / Klage gegen den Bürgen /  
Verjährung der Hauptschuld / Einrede der Verjährung in der  
Vollstreckungsgegenklage des Bürgen, § 767 Abs. 2 ZPO  
(BGH, Urt. v. 9.7.1998 - IX ZR 272/96)

### Steuerberaterhaftung

Seite 268

Verdeckte Gewinnausschüttung / Geschäftsführergehalt  
an Alleingesellschafter / Rückstellungen / Schaden  
(BGH, Urt. v. 18.12.1997 - IX ZR 153/96)

### Steuerberaterhaftung

Seite 273

Belehrungspflicht / Veräußerungsverlust von  
Kapitalanteilen, § 17 EStG  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.6.1997 - 13 U 116/96)

### Notarhaftung

Seite 275

Schadenabwendungspflicht, § 839 Abs. 3 BGB /  
Rechtsmittel / Erinnerungen und Mahnungen der Beteiligten /  
Veranlassung, Inhalt der Grundbuchnachricht  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.3.1997 - 18 U 47/96)

### Ermächtigung zur Akteneinsicht bei Steuerberater, §§ 666 f BGB, 66 StBerG

Seite 276

Steuerberatungsvertrag mit Eheleuten / Tod des Ehemanns /  
Erbengemeinschaft und Ehefrau als Rechtsinhaber  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.3.1997 - 13 U 61/96)

### Notarhaftung

Seite 278

Belehrungspflicht / Beweislast für unterlassene Belehrung  
(OLG Oldenburg, Urt. v. 5.12.1997 - 13 U 58/97, rkr.)

### Steuerberaterhaftung

Seite 279

Verjährungsbeginn, Säumnis-, Verspätungszuschläge /  
Verjährungsverzicht des Berufshaftpflichtversicherers /  
Pauschaler Sachvortrag  
(LG Krefeld, Urt. v. 27.2.1998 - 5 O 255/97)



## GI Aktuell

### Verlust der Gemeinnützigkeit eines Vereins bei unangemessen hohen Aufwendungen für die Verwaltung oder die Spendenwerbung

Viele Vereine finanzieren ihre steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecke aus Spendenmitteln. Um Spenden zu erhalten, müssen die Vereine in der Regel für sich und ihre Zwecke werben. Dadurch und durch die Verwaltung entstehen den Vereinen meist Kosten, die nicht selten auch aus den Spendenmitteln finanziert werden.

Nach einer neuen Entscheidung des Bundesfinanzhofs – BFH – (Beschluss vom 23.9.1998 – I B 82/98) verliert ein Verein, der hilfsbedürftige Menschen unterstützen will und sich durch Spenden finanziert, die Steuervergünstigungen wegen Verfolgung gemeinnütziger Zwecke, **wenn seine Aufwendungen für die Verwaltung oder die Spendenwerbung unangemessen hoch sind**. Damit hat der BFH im Grundsatz die Rechtsauffassung eines Finanzamtes bestätigt, das einem u.a. im Bereich der Jugendfürsorge und der Entwicklungshilfe tätigen Verein die Gemeinnützigkeit versagt hatte, **weil der Verein mehr als 50 v.H. seiner Einnahmen aus Geldspenden für die Spendenwerbung und die Verwaltungskosten verwendet hatte**.

Die Entscheidung erging in einem Verfahren zur Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes, in dem noch nicht endgültig über die Versagung der Gemeinnützigkeit zu entscheiden war. Der BFH hat darauf hingewiesen, daß die Angemessenheit der Aufwendungen für die Verwaltung und die Spendenwerbung allerdings auch davon abhängen könne, ob sich der Verein noch in der Aufbauphase befinde, in der er zunächst und oft unvermeidbar einen sehr hohen Anteil der Spenden für die Verwaltung und Spendenwerbung verwenden müsse.  
(Pressemitteilung d. BFH v. 15.10.1998)

## GI Leitsätze

### Wiedereinsetzung/Vorlage der Vollmacht/Telefax/Original

Mit einer Nichtzulassungsbeschwerde wird kein Zulassungsgrund dargelegt, wenn lediglich geltend gemacht wird, das FG habe eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Frist für die Vorlage der Prozeßvollmacht zu Unrecht nicht gewährt, obwohl die Prozeßvollmacht dem FG in Kopie (Telefax) rechtzeitig und im Original um einen Tag ver-

spätet vorgelegt worden war. Das gilt insbesondere, wenn der Beschwerdeführer auch keine Wiedereinsetzungsgründe dargelegt hatte.  
(BFH, Beschl. v. 5.2.1997 – V B 109/96, BFH/NV 1997, 589)

### Wechselseitige Arbeitsverhältnisse

1. Wechselseitige Ehegatten-Arbeitsverhältnisse sind an den allgemeinen Kriterien für Arbeitsverhältnisse unter Ehegatten zu messen. Ihnen ist nicht generell die steuerrechtliche Anerkennung zu versagen; vielmehr ist die Entscheidung unter Würdigung aller Umstände zu treffen.

2. Ein Arbeitsvertrag zwischen Ehegatten ist jedenfalls dann nicht anzuerkennen, wenn die Tätigkeitsbeschreibung lt. Arbeitsvertrag nicht dem tatsächlichen Arbeitsgebiet des Ehegatten-Arbeitnehmers entspricht und jährliche Gehaltserhöhungen deswegen auf das Vorhandensein außerbetrieblicher Gründe hinweisen, weil sie nicht den allgemeinen Tarifierhöhungen entsprechen.

3. Stellt das FG für seine Entscheidung darauf ab, daß die Ehefrau im Hinblick auf ihre weitere Belastung durch ihren eigenen Gewerbebetrieb und ihre Rolle als Hausfrau und Mutter die arbeitsvertraglich geschuldete Leistung nicht erbracht habe, sind die hieraus gezogenen Folgerungen durch die Rechtsprechung des BVerfG (Beschl. v. 7.11.1995 – 2 BvR 802/90, BStBl II 1996, 34) insofern gedeckt, als auch das BVerfG für die Anerkennung von Verträgen zwischen nahen Angehörigen voraussetzt, daß die vereinbarte und entlohnte Arbeit tatsächlich geleistet wird.  
(BFH, Beschl. v. 10.10.1997 – X B 59/97, BFH/NV 1998, 448)

### Nichtzulassungsbeschwerde/Steuerberatungs-GmbH/Ich-Form

Eine Nichtzulassungsbeschwerde, die auf dem Briefbogen einer als solcher bevollmächtigten Steuerberatungs-GmbH eingelegt und von einem Steuerberater mit dem Zusatz „ppa.“ unterzeichnet worden ist, entspricht auch dann nicht den Voraussetzungen des Art. 1 Nr. 1 BFH-EntlG, wenn die Beschwerdeschrift in der „Ich-Form“ gehalten ist.  
(BFH, Beschl. v. 22.1.1997 – III B 189/96, BFH/NV 1997, 517)

## Steuerberaterhonorar

- Verjährung, § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB
- Unterbrechung der Verjährung, § 201 BGB
- Klage gegen den Bürgen
- Verjährung der Hauptschuld
- Einrede der Verjährung in der Vollstreckungsgegenklage des Bürgen, § 767 Abs. 2 ZPO  
(BGH, Urt. v. 9.7.1998 - IX ZR 272/96)

### Leitsätze:

1. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, nach der ein für eine Gesellschaftsschuld in Anspruch genommener persönlich haftender Gesellschafter sich auf eine Verjährung der Forderung gegen die Gesellschaft nicht berufen kann, wenn die Verjährung ihm gegenüber unterbrochen wurde (BGHZ 104, 76), ist auf die Bürgschaft nicht zu übertragen (Bestätigung von BGHZ 76, 222).

2. Eine Partei kann Einwendungen, welche auf Gründen beruhen, die nach Schluß der letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz eingetreten sind, auch dann im Wege der Vollstreckungsgegenklage geltend machen, wenn sie im Revisionsrechtszug hätten berücksichtigt werden können.

### Zum Sachverhalt:

Der Vater des Klägers nahm in den Jahren 1983 und 1984 die Dienste der verklagten Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in Anspruch. Am 31.3.1984 erkannte er in zwei Urkunden an, den Beklagten für 1983 ein Honorar in Höhe von 115.700 DM und für weitere Tätigkeiten bis Ende März 1984 eine Vergütung von 89.020 DM zu schulden. Am 25.5.1984 verbürgte der Kläger sich auf den Anerkenntnisurkunden für die Verbindlichkeiten seines Vaters. Er wurde durch Urteil des Landgerichts Bonn vom 13.8.1985 verurteilt, an die Beklagten 204.720 DM nebst Zinsen zu zahlen.

Die Berufung des Klägers wurde aufgrund mündlicher Verhandlung vom 5.3.1986 zurückgewiesen. Seine Revision, über die am 4.11.1987 mündlich verhandelt wurde, blieb ohne Erfolg. Weitere Schritte zur Unterbrechung der Verjährung ihrer Ansprüche gegen den Vater des Klägers, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde, unternahmen die Beklagten nicht. Sie erhoben gegen ihren jetzigen Streithelfer - einen Rechtsanwalt - Klage auf Schadenersatz, weil er sie nicht darauf hinge-

wiesen habe, daß zur Sicherung der Bürgschaftsforderung die Verjährung der Hauptforderung zu unterbrechen sei. Gegen den Streithelfer erging ein rechtskräftig gewordenes Grundurteil.

Die Vollstreckungsgegenklage, mit welcher der Kläger unter Berufung auf die Verjährung der Hauptforderung die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung aus dem Urteil vom 13.8.1985 geltend macht, hatte vor dem Landgericht Erfolg. Auf die Berufung des Streithelfers hat das Oberlandesgericht die Klage abgewiesen. Mit der Revision begehrt der Kläger die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils. - Die Revision ist begründet.

### Aus den Gründen:

#### I.

Im Ergebnis zutreffend hat das Berufungsgericht angenommen, die Honorarforderungen der Beklagten gegen den Vater des Klägers seien nach der letzten mündlichen Verhandlung im Berufungsverfahren des Bürgschaftsprozesses (5.3.1986) und vor Schluß der Revisionsverhandlung (4.11.1987) verjährt. Die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Vaters steht dem nicht entgegen (vgl. BGHZ 95, 375, 382). **Vergütungsansprüche von Steuerberatern verjähren gemäß § 196 Abs. 1 Nr. 15 BGB in zwei Jahren** (BGH, Urt. v. 21.11.1996 - IX ZR 159/95, WM 1997, 330, 331 = GI 1997, 29); **gleiches gilt für Honorarforderungen von Wirtschaftsprüfern** (vgl. MünchKomm-BGB/v. Feldmann 3. Aufl., § 196 Rdn. 36; Palandt/Heinrichs, BGB 57. Aufl., § 196 Rdn. 29). **Die Verjährung beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem der Anspruch entsteht** (§§ 198, 201 BGB).

1. Danach verjähren die Honoraransprüche für die im Jahre 1984 erbrachten Leistungen mit Ablauf des 31.12.1986. Das Schuldanerkenntnis des Vaters hat sich auf den Lauf der Verjährungsfrist nicht ausgewirkt. **Die Voraussetzungen für ein abstraktes Schuldanerkenntnis, durch das ein eigenständiger vertraglicher Anspruch mit der 30jährigen Verjährungsfrist des § 195 BGB begründet worden wäre** (vgl. BGH, Urt. v. 19.2.1982 - V ZR 251/80, NJW 1982, 1809, 1810), **konnten bereits im Bürgschaftsprozeß nicht festgestellt werden**; im vorliegenden Rechtsstreit fehlt dazu jeder Sachvortrag.

**Das Anerkenntnis vom 31.3.1984 war nicht geeignet, die Verjährung des Honoraranspruchs**

**zu unterbrechen, weil zu diesem Zeitpunkt die Verjährung noch nicht begonnen hatte (§ 201 BGB).** Wirksam hätte eine nach § 208 BGB mit einem Anerkenntnis eintretende Unterbrechung erst zu Beginn des Laufs der Verjährungsfrist am 1.1.1985 werden können (vgl. BGHZ 52, 47, 48). Zu diesem Zeitpunkt war der verjährungsunterbrechende Akt indes bereits beendet; denn die **Unterbrechung durch ein Anerkenntnis läßt mit dem darauffolgenden Tag eine neue Verjährungsfrist beginnen** (OLG Köln, VersR 1995, 420, 421; Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 208 Rdn. 1). Damit blieb es bei dem ursprünglichen Verjährungsbeginn am 1.1.1985 (vgl. BGHZ 52, 47, 49; BGH, Urt. v. 27.9.1995 - VIII ZR 257/94, WM 1995, 2107, 2109).

2. Die Verjährung der Vergütungsansprüche für Leistungen im Jahre 1983 begann am 1.1.1984. Sie wurde durch das Schuldanerkenntnis vom 31.3.1984 nach § 208 BGB unterbrochen. Die neue Verjährung begann am 1.4.1984 und endete mit Ablauf des 31.3.1986, nicht - wie das Berufungsgericht gemeint hat - des 31.12.1986. **§ 201 BGB ist auf eine neue Verjährung nach Beendigung der Unterbrechung der ursprünglichen Verjährung nicht mehr anwendbar** (BGHZ 93, 287, 294; BGH, Urt. v. 20.11.1997 - IX ZR 136/97, WM 1998, 355, 357, z.V.b. in BGHZ). Der Kläger als Bürge muß sich die Unterbrechung der Verjährung durch das Anerkenntnis seines Vaters schon deshalb entgegenhalten lassen, weil er die Bürgschaft erst nach dieser ihm bekannten Erklärung übernommen hat.

## II.

Der Kläger kann sich gemäß § 768 Abs. 1 Satz 1 BGB auf die Verjährung der Hauptforderung berufen.

1. Die Berufung auf die Verjährung der Hauptforderung ist dem Kläger nicht schon deshalb versagt, weil sie sich erst vollendete, nachdem er aus der Bürgschaft gerichtlich in Anspruch genommen worden war. **Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs unterbricht eine Klage gegen den Bürgen die Verjährung des gesicherten Anspruchs gegen den Hauptschuldner nicht.** Der Bürge kann daher, selbst wenn ihm die Einrede der Vorausklage - etwa gemäß § 773 Abs. 1 Nr. 3 BGB - nicht zusteht, **die Verjährung der Hauptforderung auch dann noch einwenden, wenn diese Verjährung erst nach Erhebung der Bürgschaftsklage eintritt** (BGHZ 76, 222, 225 ff; BGH, Urt. v. 10.5.1990 - IX ZR 246/89, NJW 1990, 2754, 2755). Der Senat sieht

keinen Anlaß, von diesen Entscheidungen, die mit dem Willen des historischen Gesetzgebers übereinstimmen (vgl. BGB-Motive II, 663) und im Schrifttum Zustimmung gefunden haben (vgl. Rehbein, JR 1980, 506; Tiedtke, ZIP 1986, 69, 75; MünchKomm-BGB/Habersack, a.a.O., § 768 Rdn. 5; Staudinger/Horn, BGB 13. Aufl., § 768 Rdn. 13, 15; Graf Lambsdorff/Skorä, Handbuch des Bürgschaftsrechts, Rdn. 147), abzurücken.

2. Dazu nötigt auch nicht die zeitlich nach der Grundsatzentscheidung BGHZ 76, 222, ergangene Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, die es **dem persönlich haftenden Gesellschafter einer handelsrechtlichen Personengesellschaft untersagt, sich auf eine Verjährung der Gesellschaftsschuld zu berufen, wenn die Verjährung des ihm gegenüber bestehenden Anspruchs unterbrochen wurde** (BGHZ 104, 76, 79 ff; BGH, Urt. v. 27.4.1981 - II ZR 177/80, WM 1981, 875). Die zwischen dem Verhältnis von Hauptschuldner und Bürgen einerseits und demjenigen von handelsrechtlicher Personengesellschaft und persönlich haftendem Gesellschafter andererseits bestehenden Unterschiede rechtfertigen eine unterschiedliche Behandlung der Verjährungsfrage.

a) **Die Bürgschaft begründet eine von der Verbindlichkeit des Hauptschuldners verschiedene, einseitig übernommene Verbindlichkeit des Bürgen** (BGHZ 113, 287, 288; BGH, Urt. v. 14.5.1998 - IX ZR 56/95, WM 1998, 1388, 1389, z.V.b. in BGHZ). Ihr Rechtscharakter bestimmt sich nicht aus der Natur der Hauptschuld, und ihre Abhängigkeit von der gesicherten Hauptschuld (Akzessorietät) soll nur sicherstellen, daß der Gläubiger vom Bürgen das bekommt, was er vom Hauptschuldner nach dem jeweiligen Bestand der Hauptschuld zu bekommen hat (BGHZ 90, 187, 190). **Eine Verschlechterung seiner Rechtsstellung durch eine Erweiterung der Hauptschuld, die nicht auf die Zahlungsunfähigkeit oder -unwilligkeit des Hauptschuldners zurückzuführen ist** (vgl. § 767 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 BGB), **muß sich der Bürge ebensowenig zurechnen lassen (§ 767 Abs. 1 Satz 3 BGB) wie einen Einredeverzicht des Hauptschuldners (§ 768 Abs. 2 BGB).**

Demgegenüber besteht zwischen der Haftung des Gesellschafters nach § 128 HGB und der Gesellschaftsschuld eine engere Verbindung, die sich grundsätzlich nach dem jeweiligen **Stand der Gesellschaftsschuld** richtet (§ 129 Abs. 1 HGB). Erweiterungen der Gesellschaftsschuld gehen ohne weiteres zu Lasten des Gesellschafters,

und dieser kann Einwendungen und Einreden nicht mehr erheben, wenn sie der Gesellschaft nicht mehr zustehen (vgl. BGHZ 73, 217, 224 f; 104, 76, 78). **Insbesondere wirkt eine Unterbrechung der Verjährung der Gesellschaftsschuld zu Lasten des Gesellschafters** (BGHZ 73, 217, 232 f). Ferner muß ein persönlich haftender Gesellschafter auch ein ihm nachteiliges rechtskräftiges Urteil gegen die Gesellschaft regelmäßig gegen sich gelten lassen (BGHZ 73, 217, 224; BGH, Urt. v. 11.12.1995 – II ZR 220/94, WM 1996, 204).

**Die Unterbrechung der Verjährung der Hauptschuld hat hingegen auf die Verjährung der Bürgenschuld keinen Einfluß** (BGHZ 95, 375, 384; MünchKomm-BGB/v. Feldmann, a.a.O., § 208 Rdn. 2; vgl. auch Staudinger/Horn, a.a.O., § 765 Rdn. 238; § 768 Rdn. 15). Auch wirkt die Rechtskraft einer dem Gläubiger günstigen Entscheidung gegen den Hauptschuldner nicht zu Lasten des Bürgen (BGHZ 107, 92, 96; BGH, Urt. v. 9.3.1993 – XI ZR 179/92, WM 1993, 683; v. 18.5.1995 – IX ZR 129/94, WM 1995, 1229, 1230). Dies würde dem Rechtsgedanken des § 767 Abs. 1 Satz 3 BGB widersprechen (vgl. RGZ 56, 109, 111).

**b) Auch der Sinn der Verjährungsvorschriften vermag einen Ausschluß des Bürgen mit der Einrede, die Hauptschuld sei nach seiner gerichtlichen Inanspruchnahme verjährt, nicht zu rechtfertigen.** In den Entscheidungen BGHZ 104, 76, 80 f und vom 27.4.1981, a.a.O., wird maßgeblich darauf abgestellt, daß der verklagte Gesellschafter des Schutzes der Verjährung, deren Zweck darin liege, dem Schuldner nach Ablauf einer bestimmten Frist die Gewißheit zu geben, nicht mehr in Anspruch genommen zu werden, nicht mehr bedürfe, weil er zeitgerecht in seinem Prozeß alle Möglichkeiten (gehabt) habe, sich sachgerecht zu verteidigen. Dieser Gedanke mag für die Gesellschaftshaftung zutreffen. Für den (nicht ausgeschiedenen) Gesellschafter läuft grundsätzlich keine besondere Verjährungsfrist (vgl. Schlegelberger/K. Schmidt, HGB 5. Aufl., § 128 Rdn. 6; § 129 Rdn. 7).

Bis zu einer gerichtlichen Inanspruchnahme des Gesellschafters kann die Gesellschaftsschuld daher grundsätzlich nicht verjährt sein. Deshalb ist es – da die persönliche Haftung des Gesellschafters „gleichwertig neben der Haftung des Gesellschaftsvermögens steht“ (BGH, Urt. v. 27.4.1981, a.a.O.) – auch aus Gründen des Gläubigerschutzes zu rechtfertigen, den Gesellschafter nach seiner gerichtlichen Inanspruchnahme

mit der Einrede einer Verjährung der Gesellschaftsschuld auszuschließen. Für den Bürgen kann dies nicht gelten. **Die Verjährungsfrist für Hauptschuld und Bürgenschuld ist nicht notwendig gleich.**

Insbesondere kann die Hauptschuld vor der Bürgenschuld verjähren. Darauf darf sich der Bürge bei einer späteren Inanspruchnahme berufen. Es besteht regelmäßig kein Grund, dem Bürgen diese Einrede zu versagen, wenn die Hauptschuld erst im Laufe oder nach rechtskräftigem Abschluß des Bürgenprozesses verjährt. Insbesondere erscheint eine derartige Einschränkung des Akzessorietätsprinzips nicht deshalb geboten, weil der Bürge häufig erst bei einer Insolvenz des Hauptschuldners in Anspruch genommen und ihm neben dem gemäß § 774 Abs. 1 Satz 1 BGB auf ihn übergehenden – verjäherten – Anspruch in aller Regel ein Aufwendungsersatzanspruch aus dem Innenverhältnis zum Hauptschuldner zustehen wird.

Bereits in der Entscheidung BGHZ 76, 222, 226 f, wurde darauf hingewiesen und im einzelnen begründet, daß die Notwendigkeit einer Klageerhebung gegen den Hauptschuldner zum Zwecke der Verjährungsunterbrechung in ihren Auswirkungen auch bei einer selbstschuldnerischen Bürgschaft nicht so tief in dieses Institut eingreift, daß schon deshalb dem Interesse des Gläubigers an der einfacheren Durchsetzung des Bürgschaftsanspruchs nachgegeben werden müßte. Das gleiche gilt, wenn die Einrede der Vorausklage gemäß § 773 Abs. 1 Nr. 3 BGB wegen Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Hauptschuldners ausgeschlossen ist (vgl. BGHZ 95, 375, 384 f).

Der Anspruchsübergang nach § 774 Abs. 1 Satz 1 BGB ist für den Bürgen zumindest in den Fällen von Bedeutung, in denen ein Anspruch aus dem Innenverhältnis aus tatsächlichen Gründen nur schwer nachweisbar ist. Gerade davor soll der Forderungsübergang den Bürgen schützen; der Übergang soll ihm eine klare Anspruchsgrundlage verschaffen und ihm so den Rückgriff erleichtern (vgl. MünchKomm-BGB/Habersack, a.a.O., § 774 Rdn. 1; Staudinger/Horn, a.a.O., § 774 Rdn. 3).

**c) Ob sich der Bürge auf eine Verjährung der Hauptschuld auch dann mit Erfolg berufen kann, wenn eine juristische Person als Hauptschuldnerin vor Ablauf der Verjährungsfrist vermögenslos geworden, im Handelsregister gelöscht und deshalb nicht mehr parteifähig ist, bedarf im Streitfall keiner Entscheidung.**

## III.

**Allerdings hat der Kläger sich während des Bürgschaftsprozesses auf den Eintritt der Verjährung der Hauptforderung nicht berufen.**

Das Berufungsgericht meint deswegen, er könne diese Einrede mit der Vollstreckungsgegenklage nicht mehr erheben, sondern sei mit ihr gemäß § 767 Abs. 2 ZPO ausgeschlossen, weil er die Einrede in der Revisionsinstanz des Bürgschaftsprozesses hätte geltend machen können und müssen. Neue Tatsachen seien vom Revisionsgericht aus prozeßökonomischen Gründen zu berücksichtigen, wenn sie unstreitig seien oder wegen Offenkundigkeit keines Beweises bedürften, ihre Beachtung einer schnellen und endgültigen Streitbereinigung diene und keine schutzwürdigen Belange der Gegenpartei entgegenstünden. Seien diese Voraussetzungen – wie hier – erfüllt, verschiebe sich der für die Berücksichtigung des Vorbringens maßgebliche Präklusionszeitpunkt auf den Schluß der mündlichen Verhandlung vor dem Revisionsgericht.

Da die Einrede der Verjährung der Hauptforderung objektiv im Laufe des Revisionsverfahrens habe geltend gemacht werden können, sei **Präklusion gemäß § 767 Abs. 2 ZPO** eingetreten. Dieser auch im Schrifttum teilweise vertretenen Ansicht (vgl. insbesondere Stein/Jonas/Grunsky, ZPO 21. Aufl., § 561 Rdn. 29; ferner Stein/Jonas/Leipold, ZPO 20. Aufl., § 322 Rdn. 237; Rimmelpacher, *Materiellrechtlicher Anspruch und Streitgegenstandsprobleme im Zivilprozeß*, S. 255 Fußn. 115) vermag sich der Senat nicht anzuschließen. Eine solche Konsequenz wird weder von dem Grundgedanken, der die Rechtsprechung zur Zulassung neuen Vorbringens im Revisionsverfahren bewogen hat, noch von Sinn und Zweck des § 767 Abs. 2 ZPO gefordert.

1. § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO bestimmt, daß lediglich dasjenige Vorbringen der Beurteilung des Revisionsgerichts unterliegt, das aus dem Tatbestand des Berufungsurteils oder dem Sitzungsprotokoll ersichtlich ist. Die Urteilsgrundlage wird durch das Ende der Berufungsverhandlung abgeschlossen (BGHZ 104, 215, 220); neue Tatsachen dürfen im Revisionsverfahren grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO jedoch einschränkend dahin auszulegen, daß in bestimmtem Umfang auch Tatsachen, die sich erst während des Revisionsverfahrens ereignen, in die Urteilsfindung einfließen können, sofern sie unstreitig sind und schützenswerte Belange der Gegenpartei

nicht entgegenstehen (vgl. BGHZ 53, 128, 130 ff.; 85, 288, 290; 104, 215, 221; BGH, Urt. v. 11.7.1996 – IX ZR 81/94, WM 1996, 1599, 1601; vgl. auch BAG, NJW 1990, 2641 f.). Ob dies auch für die erstmalige Geltendmachung der Verjährung gilt, deren tatsächliche Grundlage erst nach Schluß der letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz entstanden ist, bedarf hier keiner Entscheidung.

a) Der grundsätzliche Ausschluß neuer tatsächlicher Umstände gemäß § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO trägt dem Charakter der Revisionsinstanz Rechnung, die keine Tatsachen-, sondern eine Rechtsinstanz ist (vgl. Mattern, JZ 1963, 649, 653), und dient zugleich der Entlastung des Revisionsgerichts von dem mit der Feststellung von Tatsachen, insbesondere einer Beweiserhebung verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand (BAG, a.a.O.; Stein/Jonas/Grunsky, a.a.O., § 561 Rdn. 24; Gottwald, *Die Revisionsinstanz als Tatsacheninstanz*, S. 314).

Daß als Folge des Ausschlusses ein der materiellen Rechtslage nicht entsprechendes Urteil ergehen und ein neuer Rechtsstreit notwendig werden kann, nimmt das Gesetz in Kauf. Der Gedanke der Konzentration der Revisionsinstanz auf die rechtliche Bewertung eines festgestellten Sachverhalts verliert aber an Gewicht, wenn die Berücksichtigung von neuen tatsächlichen Umständen keine nennenswerte Mehrarbeit verursacht und die Belange des Prozeßgegners gewahrt bleiben. Dann ist Raum für die Überlegung, daß es aus prozeßökonomischen Gründen nicht zu verantworten ist, die vom Tatsachenausschluß betroffene Partei auf einen weiteren, gegebenenfalls durch mehrere Instanzen zu führenden Prozeß zu verweisen. Vielmehr ist in einem solchen Fall durch die Zulassung neuen Vorbringens im Revisionsverfahren eine rasche und endgültige Streitbereinigung herbeizuführen (BGHZ 53, 128, 130; BGH, Urt. v. 5.12.1984 – VIII ZR 87/83, WM 1985, 263, 264; v. 10.5.1990 – IX ZR 246/89, NJW 1990, 2754, 2755; vgl. auch Gottwald, a.a.O., S. 289 ff, 313).

b) Der die Einschränkung des § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO tragende **Gesichtspunkt der Prozeßwirtschaftlichkeit zwingt indes nicht zu der Annahme, die insoweit begünstigte Partei sei zur Vermeidung endgültigen Rechtsverlustes von Gesetzes wegen gehalten, den ihr eingeräumten Handlungsspielraum auch zu nutzen**. Mit dem Recht, ausnahmsweise entgegen der Grundkonzeption des § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO neue Tatsachen vorzutragen und ihre Berücksichtigung

unter bestimmten Umständen erwarten zu dürfen, korrespondiert nicht notwendig die Pflicht, solche Tatsachen noch im Revisionsrechtszug vorbringen zu müssen. Die allgemeine Prozeßförderungsspflicht nach § 282 Abs. 1 ZPO ist auf die Förderung des Verfahrens in den Tatsacheninstanzen zugeschnitten. **Sie verpflichtet eine Partei, ihre Angriffs- und Verteidigungsmittel so zeitig vorzubringen, wie es nach der Prozeßlage einer sorgfältigen, auf Förderung des Verfahrens bedachten Prozeßführung entspricht. Demgegenüber soll das Revisionsverfahren grundsätzlich von neuem Tatsachenvortrag freigehalten werden.**

**Es kann daher einer Partei nicht zu einem über den Prozeßverlust hinausgehenden Nachteil gereichen, wenn sie neue Tatsachen nicht in das Revisionsverfahren einführt.** Sie kann nicht sicher davon ausgehen, daß das Vorbringen vom Revisionsgericht berücksichtigt wird, weil häufig nicht abzusehen ist, ob die neue Tatsache unstreitig bleibt oder ihrer Berücksichtigung schützenswerte Belange der Gegenpartei entgegenstehen. Wollte man sich auf den gegenteiligen Standpunkt stellen, könnte sich eine Partei gehalten sehen, alle möglichen neuen Tatsachen in der Revisionsinstanz vorzutragen, um die Rechtsfolge des § 767 Abs. 2 ZPO zu vermeiden. Hierdurch auftretende Streitfragen könnten das Revisionsverfahren nicht unerheblich verzögern.

Bringt eine Partei neue Tatsachen nicht vor, sondern nimmt sie insoweit einen zweiten Rechtsstreit in Kauf, trägt sie mithin der besonderen Prozeßlage in der Revisionsinstanz Rechnung. Dann aber erscheint es nicht geboten, ihr im Zweitprozeß die Berufung auf neue Tatsachen mit dem Hinweis auf eine möglich gewesene Berücksichtigung im Revisionsverfahren des Erstprozesses zu versagen.

Dagegen läßt sich nicht anführen, **es komme für den Umfang der Präklusion nicht darauf an, ob eine Partei die neuen Tatsachen vorgetragen habe oder nicht** (so Stein/Jonas/Grunsky, a.a.O., § 561 Rdn. 29). Dies trifft zwar grundsätzlich zu (vgl. BGHZ 61, 25, 26 f; BGH, Urt. v. 17.3.1995 - V ZR 178/93, WM 1995, 1204, 1206), **wird aber den Besonderheiten des Revisionsverfahrens, das eine Partei nicht zum Vorbringen neuer Tatsachen verpflichtet, sondern ihr neuen Tatsachenvortrag nur unter engen Voraussetzungen ausnahmsweise erlaubt, nicht gerecht** (Gottwald, a.a.O., S. 358, spricht insoweit treffend von einer „außerordentlichen Befugnis“; im Ergebnis ebenso

Mattern, a.a.O., S. 654 sowie AK-ZPO/Ankermann, § 561 Rdn. 10).

**2. Auch § 767 Abs. 2 ZPO schließt es nicht aus, bei einer Vollstreckungsgegenklage tatsächliche Umstände zu berücksichtigen, die erst nach Schluß der letzten mündlichen Verhandlung in der Tatsacheninstanz entstanden, aber im Revisionsverfahren nicht vorgetragen worden sind.** Nach dieser Norm sind Einwendungen, die den durch das Urteil festgestellten Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig, als die Gründe, auf denen sie beruhen, erst nach dem Schluß der mündlichen Verhandlung, in der sie nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung hätten geltend gemacht werden müssen, entstanden sind.

Bereits der Wortlaut der Bestimmung spricht dagegen, daß solche Tatsachen, die nach Schluß der letzten mündlichen Tatsachenverhandlung im Erstprozeß eingetreten und im Revisionsverfahren nicht vorgebracht worden sind, durch § 767 Abs. 2 ZPO präkludiert werden; denn ein Zwang zum Vortrag neuer Tatsachen in der Revisionsinstanz besteht – wie dargelegt – angesichts des grundsätzlichen Ausschlusses neuen Tatsachenvortrages gemäß § 561 Abs. 1 Satz 1 ZPO nicht. Neue Tatsachen hätten daher im Revisionsverfahren **nicht** geltend gemacht werden **müssen** (so auch Gottwald, a.a.O., S. 358).

Zweck des § 767 Abs. 2 ZPO ist es, die materielle Rechtskraft des im Vorprozeß ergangenen Urteils gegenüber nachträglichen Einwendungen abzusichern und dessen Vollstreckung vor Verzögerungen zu schützen (BGHZ 125, 351, 353; BGH, Urt. v. 5.12.1996 - IX ZR 67/96, WM 1997, 324, 325). Ist eine neue Tatsache im Revisionsverfahren des Vorprozesses vorgetragen und bei der Entscheidung berücksichtigt worden, tritt die Präklusionswirkung des § 767 Abs. 2 ZPO ein, weil diese Vorschrift eine Doppelberücksichtigung von Neutatsachen verhindern soll (vgl. Mattern, a.a.O., S. 654; Gottwald, a.a.O., S. 356).

Ob hingegen eine neue Tatsache, die in der Revisionsinstanz nicht vorgetragen worden ist, eine Präklusion nach § 767 Abs. 2 ZPO zur Folge hätte, ließe sich häufig nur mit Mühe bestimmen. Die Klärung dieser Frage würde nicht selten erhebliche tatsächliche Schwierigkeiten bereiten, zu Verfahrensverzögerungen führen und Rechtsunsicherheit hervorrufen. Sie machte Ermittlungen darüber notwendig, ob die neue Tatsache in der Revisionsinstanz des Vorprozesses



ses unstreitig geworden wäre und Belange der Gegenseite ihrer Berücksichtigung nicht entgegengestanden hätten.

**Diese Belastung des Vollstreckungsgegenklageverfahrens wird vermieden, wenn der Partei die Berufung auf ein solches Vorbringen in der Revisionsinstanz des Erstprozesses zur Vermeidung eines endgültigen Rechtsverlustes nicht aufgezwungen wird.** Unzumutbare Nachteile für den Prozeßgegner sind damit nicht verbunden. Er kann vorbehaltlich gerichtlicher Anordnungen nach § 769 ZPO aus dem rechtskräftigen Urteil vollstrecken. Ist die neue Tatsache unstreitig und hat sie die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung zur Folge, ist der Prozeßgegner nicht deshalb schützenswert, weil die Partei es – zu ihrem Nachteil – unterlassen hat, die Tatsachen noch in der Revisionsinstanz des Vorprozesses vorzubringen. Bleibt die neue Tatsache streitig, wäre die Partei ohnehin auf die Vollstreckungsgegenklage verwiesen worden; die damit verbundenen Verzögerungen bei der Vollstreckung hätte der Prozeßgegner in jedem Fall hinnehmen müssen.

3. Das Ergebnis stimmt überein mit der höchstgerichtlichen Rechtsprechung zu neuem tatsächlichen Vorbringen zu Restitutionsgründen in der Revisionsinstanz. Auch wenn das Revisionsgericht die neuen Tatsachen hätte berücksichtigen können (vgl. dazu BGHZ 3, 65, 67 ff; 5, 240, 247 ff; 15, 59 f; BGH, Urt. v. 27.10.1976 – IV ZR 147/75, NJW 1977, 498, 499), gereicht es der Partei nicht zum Verschulden im Sinne von § 582 ZPO, wenn sie dieses Vorbringen im Revisionsverfahren unterlassen hat (vgl. BGH, Urt. v. 27.10.1976, a.a.O.; Zöller/Greger, ZPO 20. Aufl., vor § 578 Rdn. 16).

#### IV.

Das Berufungsurteil ist somit aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO). Da es weiterer tatsächlicher Feststellungen nicht bedarf, hat der Senat in der Sache selbst zu entscheiden (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO). Die Hauptforderung ist – wie unter I. dargelegt – verjährt; hierauf kann sich der Kläger gemäß § 768 Abs. 1 Satz 1 BGB berufen. Daher ist die landgerichtliche Entscheidung unter Aufhebung des Berufungsurteils wiederherzustellen.

Die Kosten der Rechtsmittelzüge hat der Streit Helfer zu tragen, weil er allein Berufung eingelegt hat und im Revisionsverfahren unterlegen ist (vgl. BGH, Urt. v. 24.3.1959 – VIII ZR 177/58, WM 1959, 724, 727 = MDR 1959, 571).

## Steuerberaterhaftung

- Verdeckte Gewinnausschüttung
- Geschäftsführergehalt an Alleingesellschafter
- Rückstellungen
- Schaden

(BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96)

#### Leitsatz:

**Zur Vertragspflicht eines steuerlichen Beraters, den Schaden einer GmbH infolge verdeckter Gewinnausschüttung zu ersetzen, die durch Zuwendung von Geschäftsführergehalt an den Alleingesellschafter entstanden ist.**

#### Zum Sachverhalt:

Die beklagte GmbH verlangt von der klagenden Steuerberatungsgesellschaft, deren Klage wegen einer Honorarforderung erledigt ist, im Wege der Widerklage Schadenersatz, weil die Klägerin Mehrsteuern wegen verdeckter Gewinnausschüttung verschuldet habe.

Die Klägerin betreute die Beklagte von 1980 bis 1994 in allen steuerlichen Angelegenheiten. Aufgrund einer Außenprüfung 1994 bewertete das Finanzamt Zuwendungen der Beklagten an ihren Alleingesellschafter und -geschäftsführer als verdeckte Gewinnausschüttungen. Diese betrafen u.a. das Gehalt für 1986 bis einschließlich 1989 in Höhe von insgesamt 460.000 DM.

Am 18.12.1982 hatte sich der Gesellschafter-Geschäftsführer von der Beklagten eine erfolgsabhängige Tantieme gewähren lassen; in der Urkunde heißt es, daß „ab dem Wirtschaftsjahr 1984 ... die Bezüge neu geregelt“ werden. Nach einer schriftlichen Vereinbarung vom 20.12.1984 war der Gesellschafter-Geschäftsführer ab 1985 für die Beklagte „als betriebswirtschaftlicher Berater freiberuflich tätig“ geworden und hatte für Beratungsleistungen 200 DM je Arbeitsstunde berechnen können; diese Vereinbarung war auf unbestimmte Zeit abgeschlossen worden.

In den Jahren 1986 bis einschließlich 1989 hatte die Klägerin steigende Beträge für das Geschäftsführergehalt als Rückstellungen in die Bilanzen aufgenommen. Zum 31.12.1990 hatte die Klägerin den Gesamtbetrag von 460.000 DM auf ein „Verrechnungskonto“ gebucht, das die Beklagte für ihren Gesellschafter-Geschäftsführer führte; dadurch war eine entsprechende Gehaltsforderung mit einem Kontoguthaben der Beklagten saldiert worden. Dies wertete die



Finanzbehörde als verdeckte Gewinnausschüttung, weil vorher keine klare Vereinbarung getroffen worden sei. Deswegen wurden mit Bescheiden vom Februar 1995 Körperschaft- und Gewerbesteuern nachgefordert.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die Schadenersatzforderung abgewiesen. Sie wird von der Revision in Höhe von 813.380 DM nebst Zinsen weiterverfolgt.

#### Aus den Gründen:

Die Revision führt dazu, daß – unter entsprechender Änderung der vorinstanzlichen Urteile – der Widerklageanspruch der Beklagten dem Grunde nach insoweit für gerechtfertigt zu erklären ist, als Ersatz der Mehrsteuern wegen der verdeckten Gewinnausschüttung bezüglich des Geschäftsführergehalts verlangt wird (§ 304 Abs. 1 ZPO). Ein solches Grundurteil ist auch im Revisionsverfahren zulässig (BGH, Urt. v. 15.12.1994 – IX ZR 18/94, BGHR-ZPO, § 304 Abs. 1 – Revisionsgericht 1).

#### I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Klägerin habe substantiiert dargelegt, daß sie den Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten über das Erfordernis einer im voraus getroffenen und eindeutigen Gehaltsvereinbarung aufgeklärt habe. Mit Rücksicht darauf habe die Beklagte nicht vorgetragen, daß die Klägerin 1986 bis 1989 habe annehmen müssen, der Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten kenne die Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung nicht. Jedenfalls fehle ein zulässiges Beweisangebot der Beklagten.

Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

#### II.

1. Aus dem unstreitigen Vorbringen ergibt sich, daß die Klägerin ihre Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag der Parteien verletzt hat, wie die Revision zu Recht geltend macht.

**Im Rahmen seines Auftrags hat der Steuerberater seinen Mandanten, von dessen Belehrungsbedürftigkeit er grundsätzlich auszugehen hat (BGH, Urt. v. 7.5.1991 – IX ZR 188/90, WM 1991, 1303, 1304 = Gl 1991, 223), umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen**

**steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten.** Insbesondere muß der Steuerberater seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen muß der Steuerberater den nach den Umständen sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung unterbreiten (BGHZ 129, 386, 396 m.w.N. = Gl 1995, 169).

Diese Aufgabe schließt die Pflicht ein, **den Mandanten auf die Gefahr einer Steuerbelastung aus verdeckter Gewinnausschüttung hinzuweisen und dieser Gefahr durch geeignete Maßnahmen und Empfehlungen entgegenzuwirken** (BGH, Urt. v. 24.3.1982 – IVa ZR 303/80, WM 1982, 556, 557; v. 15.4.1997 – IX ZR 70/96, WM 1997, 1396, 1397 = Gl 1997, 159).

Zuwendungen an einen beherrschenden Gesellschafter werden nur unter strengen Voraussetzungen als Betriebsausgaben anerkannt. In solchen Fällen kann der Nachweis, daß die Gesellschaft denselben Vorteil bei Beachtung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters auch einem Nichtgesellschafter gewährt hätte, nur erbracht werden, wenn die Zuwendung – auch der Höhe nach – auf einer klaren, im voraus getroffenen, zivilrechtlich wirksamen und tatsächlich durchgeführten Vereinbarung beruht. Die tatsächliche Durchführung setzt voraus, daß vereinbarte Vergütungen auch gezahlt worden sind.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so kann eine verdeckte Gewinnausschüttung vorliegen, die das zu versteuernde Einkommen nicht senkt (§§ 8 Abs. 3 Satz 2 KStG, 7 GewStG). Diese ist eine Vermögensminderung, die durch das Gesellschaftsverhältnis veranlaßt ist, sich auf die Höhe des Einkommens auswirkt und in keinem Zusammenhang mit einer – den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden – offenen Ausschüttung steht (BGH, Urt. v. 25.2.1987 – IVa ZR 162/85, WM 1987, 721, 723 = Gl 1987, 173; v. 7.11.1991 – IX ZR 3/91, WM 1992, 308, 309; v. 15.4.1997 – IX ZR 70/96, a.a.O.; BFH, BStBl II 1978, 234, 236; 1988, 786, 787 f; 1992, 690; 1993, 247, 248; DB 1995, 2451; ZIP 1997, 1963, 1964).

a) Mit dem Berufungsgericht kann zugunsten der Klägerin – gemäß deren Behauptung – davon ausgegangen werden, daß diese den Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten vor Ende 1986 auf die **Notwendigkeit einer Gehaltsvereinbarung** hingewiesen hat. Damit hat die Klägerin

aber ihre vertragliche Beratungspflicht noch nicht vollständig erfüllt. **Die Klägerin hätte die Vereinbarung einer einwandfreien Tätigkeitsvergütung rechtzeitig anregen** (vgl. BGH, Urt. v. 7.11.1991 - IX ZR 3/91, a.a.O.) **und auf die Notwendigkeit der tatsächlichen Durchführung hinweisen müssen.** Die Klägerin hat selbst nicht behauptet, daß sie auch insoweit ihre Beratungspflicht erfüllt habe.

Der Hinweis des Berufungsgerichts auf die Tantiemeregelung vom 18.12.1982 ist verfehlt. Falls diese der Klägerin bekannt war, so war offensichtlich, daß diese keine steuerlich ausreichende Gehaltsvereinbarung für die Zukunft war, weil danach ab 1984 „die Bezüge neu geregelt“ werden sollten.

Kannte die Klägerin die Vereinbarung der Beklagten mit ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer vom 20.12.1984, auf die sie verwiesen hat, so mußte sie erkennen, daß diese unklar und deswegen für eine steuerliche Anerkennung unzureichend war. Diese Abrede bezog sich auf freiberufliche betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen, nicht aber auf ein Entgelt für die übliche Geschäftsführertätigkeit. **Die Höhe der Vergütung wurde einer Berechnung zu einem beliebigen Zeitpunkt überlassen.** Auch darüber hätte die Klägerin den Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten aufklären müssen, falls sie die Vereinbarung gekannt hat.

b) Eine **weitere Pflichtverletzung** der Klägerin ergibt sich daraus, daß sie unstreitig in den Jahren 1986 bis einschließlich 1989 **steigende Beträge für das Geschäftsführergehalt als Rückstellungen in die Bilanzen aufgenommen** hat. Dies hätte die Klägerin aufgrund ihrer vertraglichen Schadenverhütungspflicht veranlassen müssen, sich zu vergewissern, ob die Beklagte und deren Gesellschafter-Geschäftsführer eine Gehaltsvereinbarung geschlossen hatten und durchführten, die eine steuerliche Anerkennung der entsprechenden Aufwendungen als Betriebsausgaben sicherte.

Insoweit wird die vom Steuerberater geschuldete Tätigkeit nicht unzulässig ausgeweitet. **Ein Steuerberater, der nur einen auf bestimmte Aufgaben beschränkten Auftrag erhalten hat, braucht grundsätzlich nicht Vorgänge steuerlich zu prüfen, die ihm bei Gelegenheit der Erfüllung dieses Auftrags bekannt werden und dazu in keiner unmittelbaren Beziehung stehen** (BGHZ 128, 358, 361; BGH, Urt. v. 11.5.1995 - IX ZR 130/94, NJW 1995, 2842 = GI 1995, 178).

Die Klägerin hatte dagegen im Rahmen eines Dauermandats die steuerlichen Interessen der Beklagten umfassend zu wahren. Daraus ergab sich die Vertragspflicht der Klägerin, ihre Mandantin vor einem Schaden durch verdeckte Gewinnausschüttung zu schützen.

Die Klägerin hatte damals triftigen Anlaß zur Annahme, die Beklagte laufe wegen fehlender Fachkenntnis Gefahr, einen Steuernachteil infolge verdeckter Gewinnausschüttung zu erleiden. **Mit den Rückstellungen wegen des Geschäftsführergehalts hat die Klägerin zum Ausdruck gebracht, daß es sich nach ihrer Ansicht um Aufwendungen der Beklagten handelte, die wahrscheinlich oder sicher, aber hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts unbestimmt waren** (vgl. § 249 Abs. 2 HGB). Die damit verbundenen Umstände drängten einem Fachmann die Frage auf, ob die Beklagte eine steuerlich ausreichende, den Angaben entsprechende Gehaltsvereinbarung mit ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer geschlossen hatte und gegebenenfalls ordnungsgemäß durchführte.

Falls die Klägerin die Vereinbarung vom 20.12.1984 gekannt hat, so mußte sie klären, ob die darin geregelten „Beratungsleistungen“ im Zusammenhang mit dem Geschäftsführergehalt standen und gegebenenfalls der Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten seine Arbeitsstunden gemäß der Abrede berechnet hatte.

Nach dem Klagevortrag hat die Beklagte ihrem Geschäftsführer **im maßgeblichen Zeitraum kein Gehalt gezahlt. Nach alledem hätte die Klägerin zur Vermeidung eines Steuernachteils ihrer Mandantin sich insoweit vergewissern, die Beklagte vor der Gefahr einer verdeckten Gewinnausschüttung warnen und zu deren Vermeidung Vorschläge unterbreiten müssen.** Die Klägerin hat selbst nicht behauptet, daß sie diese Vertragspflicht erfüllt habe.

c) An den Pflichtverletzungen ändert es nichts, falls die Klägerin gemäß ihrer Behauptung die **Verbuchung der Gehälter auf Anweisung des Gesellschafter-Geschäftsführers** der Beklagten vorgenommen hat. Aus der Sicht der Klägerin konnte eine solche **Weisung** darauf beruhen, daß infolge fehlender Fachkenntnis steuerliche Nachteile nicht bedacht worden waren (vgl. BGH, Urt. v. 13.3.1997 - IX ZR 81/96, WM 1997, 1392, 1393 f = GI 1997, 185).

2. Es ist davon auszugehen, daß die Pflichtverletzungen der Klägerin auf Fahrlässigkeit

beruhen (§ 276 BGB). Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte sie die Pflichtwidrigkeit ihres Verhaltens erkennen und die sich daraus ergebenden Nachteile für ihre Mandantin verhindern können und müssen.

3. Die für eine Schadenersatzpflicht der Klägerin gemäß §§ 249 ff BGB bedeutsame **Frage, was geschehen wäre, wenn die Klägerin sich vertragsgerecht verhalten hätte, ist im vorliegenden Falle nach dem Beweis des ersten Anscheins zugunsten der Beklagten zu beantworten** (vgl. BGHZ 123, 311 = GI 1994, 3). Nach der Lebenserfahrung ist davon auszugehen, daß der Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten – gemäß seinem Vorbringen – nach rechtzeitiger und vollständiger Beratung durch die Klägerin eine steuerlich ausreichende Gehaltsvereinbarung mit der Beklagten geschlossen und durchgeführt hätte. Dies war nämlich die einzige Möglichkeit, eine Steuerbelastung der Beklagten wegen verdeckter Gewinnausschüttung zu vermeiden. Dann wären keine Mehrsteuern angefallen.

Die Klägerin hat zwar allgemein behauptet, **die äußeren Umstände und die Handlungsweise der Beklagten sprächen dafür, daß eine ernsthafte Vereinbarung nicht gewollt gewesen sei**. Damit hat sie aber den gegen sie sprechenden **Anschein nicht erschüttert; sie hat keine Tatsachen vorgebracht, die den Schluß zuließen, die Beklagte hätte sich über ihren Rat und ihre Warnung hinweggesetzt** (vgl. BGH, Urt. v. 27.5.1993 – IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516 = GI 1994, 29).

4. a) Für den Erlaß eines Grundurteils reicht es aus, daß die Widerklageforderung wegen der schuldhaften Pflichtverletzung der Klägerin mit hoher Wahrscheinlichkeit in irgendeiner Höhe besteht (vgl. BGHZ 111, 125, 133). Dies ist zumindest hinsichtlich einer Nachforderung von **Gewerbsteuer** der Fall (§ 7 GewStG).

b) Die Revisionserwiderung ist der Ansicht, bei einer sogenannten „Einmann“-GmbH wie der Beklagten entfalle ein Schaden infolge **Nachforderung von Körperschaftsteuer** wegen der verdeckten Gewinnausschüttung, weil die zusätzliche Steuerbelastung der Gesellschaft auf den Ausschüttungsbetrag (§§ 8 Abs. 3 Satz 2, 27 Abs. 1, 3 Satz 2 KStG) angerechnet werde auf die persönliche Einkommensteuerschuld ihres Alleingeschafters (§§ 20 Abs. 1 Nr. 3, 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG).

Dieser Auffassung kann nicht gefolgt werden.

Der **Bundesfinanzhof** lehnt es in ständiger Rechtsprechung grundsätzlich ab, den Steuer- nachteil der Gesellschaft infolge der verdeckten Gewinnausschüttung mit dem Anrechnungsvorteil des Gesellschafters gleichsam zu saldieren (BFH, BStBl II 1984, 723, 725; 1987, 733, 735; 1989, 1029, 1030; 1993, 635, 636; zustimmend Jonas, GmbHR 1987, 233, 238; a.A. Knobbe/Keuk, Bilanz- und Unternehmenssteuerrecht 9. Aufl., § 19 I 3c, S. 664 ff; Streck, KStG 4. Aufl., § 8 Anm. 112 ff, jeweils m.w.N.; vgl. BVerfG, GmbHR 1993, 595); dieser Rechtsprechung hat sich die Finanzverwaltung angeschlossen (BMF-Schreiben v. 6.8.1981, BStBl I 1981, 599 und v. 23.4.1985, DB 1985, 1437).

Der Bundesfinanzhof hat lediglich für möglich gehalten, daß die einmal eingetretene verdeckte Gewinnausschüttung durch eine spätere Vermögenserhöhung überlagert werden könnte, wenn ein auch steuerlich zu berücksichtigender Vorteilsausgleich vorliege; dies setze voraus, daß Leistungen der Gesellschaft durch Leistungen des Gesellschafters aufgewogen würden und der Vorteilsausgleich bei Gesellschaften mit beherrschenden Gesellschaftern auf einer im voraus getroffenen, klaren und eindeutigen Vereinbarung beruhe (BFH, BStBl II 1993, 635, 636). Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Falle nicht dargelegt worden.

Nach dieser Praxis der Finanzbehörden und der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs kommt auch ein Schaden der Beklagten infolge nachgeforderter Körperschaftsteuer in Betracht, den die haftpflichtige Klägerin nach §§ 249 ff BGB zu ersetzen hat. Damit setzt sich der Senat nicht in Widerspruch zu seinem Urteil vom 7.11.1991 (IX ZR 3/91, WM 1992, 308, 310), auf das die Revisionserwiderung verweist. In jenem Fall war nach dem Vorbringen der Parteien zu klären, in welchem Umfang Gesellschafter angerechnete Körperschaftsteuer an die GmbH „weitergeleitet“ hatten; für eine solche Prüfung besteht hier kein Anlaß. Vielmehr hat der Senat in jenem Urteil die rechtliche Verschiedenheit der Einmann-GmbH und ihres Gesellschafters auch für die schadenrechtliche Beurteilung betont (a.a.O.; vgl. auch BGH, Urt. v. 30.1.1995 – II ZR 42/94, WM 1995, 663, 664 f).

c) Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung **erstreckt sich die Ersatzpflicht der Klägerin auf den Nachteil, der sich daraus ergibt, daß nach fester Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs** (BFHE 104, 134, 136; BFH, BStBl II 1977, 220; 1992, 686, 687 ff) **eine Schadenersatz-**

**leistung des Steuerberaters als Betriebseinnahme zu behandeln ist und deswegen das zu versteuernde Einkommen der Gesellschaft erhöht, so daß auch insoweit Körperschaftsteuer anfällt** (vgl. BGH, Urt. v. 9.11.1978 - VII ZR 19/78, WM 1979, 161, 162). Der Bundesfinanzhof hat sich mit den Einwänden des Schrifttums, auf das die Revisionserwiderung verweist, auseinandergesetzt und eine Änderung seiner Rechtsprechung abgelehnt (BStBl II 1992, 686, 687 ff).

5. Die Beklagte trifft kein schadenursächliches Mitverschulden (§§ 254, 278 BGB).

**Der Einwand des mitwirkenden Verschuldens** greift in der Regel dann nicht ein, wenn die Verhütung des entstandenen Schadens nach dem Vertragsinhalt dem in Anspruch genommenen Schädiger oblag. Deswegen kann grundsätzlich dem Geschädigten nicht ein Mitverschulden angerechnet werden, weil er eine Gefahr, zu deren Vermeidung er einen Fachmann hinzugezogen hat, bei genügender Sorgfalt selbst hätte erkennen und abwenden können. Anders ist dies dann, wenn eine Schadenursache im Bereich der Eigenverantwortung des Geschädigten entstanden ist und dieser diejenige Sorgfalt außer acht gelassen hat, die nach der Sachlage erforderlich erschien, um sich selbst vor Schaden zu bewahren (BGH, Urt. v. 20.6.1996 - IX ZR 106/95, WM 1996, 1832, 1835 f = GI 1997, 16; v. 15.4.1997 - IX ZR 70/96, a.a.O.).

a) Nach dem Steuerberatungsvertrag der Parteien war es allein Sache der Klägerin, die Beklagte über die Besonderheiten und **strengen Anforderungen von Finanzverwaltung und -gerichten für die steuerliche Anerkennung von Zuwendungen an einen beherrschenden Gesellschafter zu unterrichten** (vgl. BGH, Urt. v. 15.4.1997 - IX ZR 70/96, a.a.O.). Daran ändert es nichts, daß der Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten nach dem Klagevortrag steuerliche Kenntnisse hatte, weil er eine betriebswirtschaftliche Ausbildung und sich mit Steuersparmodellen befaßt hatte.

Diese Umstände gewährleisteten nicht, daß der Gesellschafter-Geschäftsführer der Beklagten alle steuerlich bedeutsamen Umstände einer verdeckten Gewinnausschüttung kannte und diese ohne fachkundige Hilfe vermeiden konnte. Auch deswegen hat die Beklagte die Klägerin hinzugezogen. **Dementsprechend darf sich selbst ein Mandant mit einschlägiger Vorbildung auf eine einwandfreie Vertragserfüllung durch seinen Berater verlassen** (vgl. BGH, Urt. v.

19.12.1991 - IX ZR 41/91, NJW 1992, 820 = GI 1992, 259; v. 24.6.1993 - IX ZR 216/92, WM 1993, 1889, 1894 = GI 1994, 40).

b) Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung ist der Beklagten auch nicht deswegen ein Mitverschulden vorzuwerfen, weil sie die Steuerbescheide nicht angegriffen hat mit der Begründung, die Vereinbarung vom 20.12.1984 sei ausreichend. Ein solches Vorgehen versprach schon deshalb keinen Erfolg, weil nicht gemäß dieser Vereinbarung verfahren worden ist.

6. Die Verjährungseinrede ist unbegründet (§§ 68, 72 Abs. 1 StBerG). Die Verjährung des vertraglichen Ersatzanspruchs der Beklagten hat mit der Bekanntgabe der Steuerbescheide von Februar 1995 begonnen (vgl. BGHZ 129, 386, 388 m.w.N.). Die Erhebung der Widerklage im Dezember 1994 wegen des sich daraus ergebenden Schadens infolge der verdeckten Gewinnausschüttung bezüglich des Geschäftsführergehalts steht einer Verjährung vor Erledigung dieses Rechtsstreits entgegen (§§ 209 Abs. 1, 211, 217 BGB).

7. Danach hat das Berufungsgericht mit sachverständiger Hilfe noch aufzuklären, in welchem Umfang die geltend gemachten Mehrsteuern entstanden sind, weil die Verrechnung von Gehältern des Gesellschafter-Geschäftsführers der Beklagten für 1986 bis einschließlich 1989 in Höhe von insgesamt 460.000 DM zum 31.12.1990 mit Forderungen der Beklagten als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet worden ist (§ 287 ZPO).

## GI Leitsatz

### Honorarhaftung/Auftrag von Anwalt zu Anwalt/ Ausländische Belege

Gemäß Nr. 5.7. der Standesregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Gemeinschaft, die sowohl für Belgien als auch für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich sind, haftet der RA, der eine Angelegenheit seines Mandanten einem ausländischen Kollegen überträgt, persönlich dann zur Zahlung des Honorars – auch einer Honorarvereinbarung –, der Kosten und der Auslagen des ausländischen Kollegen, wenn zu Beginn der Zusammenarbeit der Anwälte keine anderweitigen Vereinbarungen getroffen werden.

(AG Aachen, Urt. v. 23.9.1997 - 12 C 187/97, BRAK-Mitt 1998, 51)

## Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
- Veräußerungsverlust von Kapitalanteilen,  
§ 17 EStG  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.6.1997 - 13 U 116/96)

### Leitsatz (d.Red.):

Im Rahmen seines Auftrages hat der Steuerberater seinen Mandanten umfassend zu beraten und auch ungefragt über bei sachgerechter Bearbeitung auftauchende Steuerersparnismöglichkeiten zu belehren (hier: Fertigung der ESt-Erklärung und Verluste des Mandanten aus der Veräußerung von Kapitalanteilen).

### Aus den Gründen:

#### I.

Der Kläger nimmt die beklagte Steuerberaterin, die für ihn die Einkommensteuererklärungen 1987 bis 1993 angefertigt hat, auf Ersatz eines (Einkommen-)Steuerschadens für 1987 und 1989 in Anspruch. Damit hat es folgende Bewandnis:

Im März 1988 gründeten der Kläger und U. mit Stammeinlagen von je 25.000 DM die „X.-GmbH“. Am 11.4.1988 übernahm der Kläger gegenüber der Raiffeisenbank D. in Höhe von 200.000 DM die Bürgschaft für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der GmbH. Mitte 1989 war die Gesellschaft überschuldet. Am 29.6.1989 setzten der Kläger und U. sich auseinander. Der Kläger schloß mit U. und der GmbH einen privatschriftlichen Vertrag, der die Abwicklung, unter anderem der Bürgschaft, im einzelnen regeln sollte, verkaufte seinen Anteil an der GmbH in notarieller Urkunde für 1 (eine) DM an U. und erkannte in einem notariellen Schuldanerkenntnis an, daß er U. 100.000 DM schulde. Zwei sich anschließende Prozesse beendeten der Kläger und U. im Mai 1990 mit einem (außergerichtlichen) Vergleich, in dem der Betrag, den der Kläger an U. zu zahlen hatte, auf 60.000 DM herabgesetzt wurde.

Der Kläger wirft der Beklagten vor, sie habe es schuldhaft unterlassen, seinen Verlust aus der Beteiligung an der GmbH bei der Einkommensteuererklärung für 1989 und, im Wege des Rücktrags, auch für 1987 geltend zu machen. Die Beklagte wendet ein, daß die Belege, die der Kläger ihr damals vorgelegt habe, dazu nicht ausgereicht hätten. Der Kläger habe sich gewei- gert, die notwendigen Unterlagen (Gesellschafts-

vertrag, Auflösungsvereinbarung, Geschäftsanteilsübertragungsvertrag, Auseinandersetzungs- bilanz, notarielles Schuldanerkenntnis) bei U. zu beschaffen, und sie ausdrücklich angewiesen, den Verlust nicht steuerlich geltend zu machen.

Das Landgericht hat die Beklagte als Partei vernommen und die Klage abgewiesen.

#### II.

Die Berufung ist begründet. Der Kläger hat unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung des Steuerberatungsvertrages Anspruch auf Schadenersatz, weil die Beklagte ihn falsch beraten hat und ihm dadurch eine nach § 17 EStG mögliche Steuerersparnis ent- gangen ist:

1. Im Rahmen (in den Grenzen) seines Auftrags hat der Steuerberater **seinen Mandanten um- fassend zu beraten und auch ungefragt über die steuerrechtlichen Fragen, die bei sach- gerechter Bearbeitung auftauchen, insbesonde- re über die Möglichkeit einer Steuerersparnis zu belehren** (st. Rspr.; zuletzt BGH, NJW 1996, 312, 313 = GI 1996, 3; BGH, NJW 1997, 1001, 1002 [a.E.] = GI 1997, 113; BGH, NJW 1997, 1008, 1011 = GI 1997, 83).

Die Beklagte war beauftragt, für den Kläger (u.a.) die Einkommensteuererklärung 1989 anzu- fertigen. Ein in diesem Veranlagungszeitraum entstandener Verlust des Klägers aus der Ver- äüßerung von Anteilen an einer Kapitalgesell- schaft (bei wesentlicher Beteiligung) war nach § 17 EStG als negativer Gewinn bei der Einkom- mensteuer geltend zu machen; er minderte die Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Deshalb hatte die Beklagte den Kläger auch insoweit ungefragt und umfassend zu beraten und darauf hinzu- wirken, daß der Kläger diese steuerliche Vergün- stigung in Anspruch nahm.

2. Der Kläger hatte im Veranlagungszeitraum 1989 einen **Verlust im Sinne von § 17 EStG** erlitten:

a) Bemessungsgrundlage der Steuer ist nach § 17 Abs. 1 Satz 1 EStG der Gewinn aus der Veräuße- rung. Das ist nach § 17 Abs. 2 Satz 1 EStG der Betrag, um den der Veräußerungspreis nach Ab- zug der Veräußerungskosten die Anschaffungs- kosten übersteigt. Dieser Betrag kann positiv (Gewinn im eigentlichen Sinn) oder negativ (Ver- lust) sein (Schmidt, EStG 9. Aufl. [1990], § 17 Anm. 21; 15. Aufl. [1996], § 17 Rdnr. 130).

b) Hat der Veräußerer, wie hier der Kläger, die Anteile bei Gründung der Kapitalgesellschaft erworben, so ist Anschaffungspreis die Einlageverpflichtung, d.h. der Nennwert der Bareinlage (Schmidt, a.a.O., 9. Aufl., Anm. 24a, 15. Aufl., Rdnr. 157). Demnach betrug der Verlust des Klägers in jedem Fall:

Veräußerungspreis	1 DM
./. Anschaffungspreis	25.000 DM
= Verlust	24.999 DM

c) Der Kläger hätte auch die 60.000 DM, die er nach dem notariellen Schuldanerkenntnis vom 29.6.1989 in Verbindung mit dem Vergleich vom 11.5.1990 an U. zu zahlen hatte, als Verlust bei der Veräußerung seines Geschäftsanteils geltend machen können. Denn das waren **nachträgliche Anschaffungskosten**, weil der Kläger diese Zahlungsverpflichtung eingegangen war, **um nicht aus der Bürgschaft für die Schulden der GmbH in Anspruch genommen zu werden** (vgl. Schmidt, a.a.O., 15. Aufl., § 17 Rdnr. 163 ff, 175 ff; EStR 1993, R 140 Abs. 4).

3. Der Kläger hätte den Verlust bei der Einkommensteuer 1989 und, im Wege des Rücktrags, bei der Einkommensteuer 1987 geltend machen können:

a) Verluste nach § 17 EStG waren im Veranlagungszeitraum 1989 uneingeschränkt mit anderen positiven Einkünften auszugleichen (Schmidt, a.a.O., 9. Aufl., § 17 Anm. 27; 15. Aufl., § 17 Rdnr. 196).

b) Verluste, die im Veranlagungszeitraum (hier: 1989) nicht ausgeglichen wurden, waren nach § 10d EStG abzugsfähig, d.h. in das vorletzte Jahr (hier: 1987) und das letzte Jahr zurückzutragen (BFH, BStBl II 1995, 722; Schmidt, a.a.O.) und im übrigen vorzutragen.

4. Der Kläger hätte den Verlust mit den Unterlagen belegen können, die er zur Zeit des Beratungsgesprächs (zur Einkommensteuer 1989) in Besitz hatte; auf die Mithilfe seines früheren Teilhabers U. wäre er nicht angewiesen gewesen:

a) Den Verlust von 24.999 DM hätte der Kläger schon mit dem Gesellschaftsvertrag und dem Übertragungsvertrag belegt. Dazu war er nicht auf U.'s Mithilfe angewiesen, denn von den Verträgen, die er mit U. geschlossen hatte, hatte der Kläger mangels gegenteiliger Anhaltspunkte selbst je eine Ausfertigung vorliegen.

b) Auch die 60.000 DM, die er nach dem notariellen Schuldanerkenntnis in Verbindung mit dem Vergleich vom 11.5.1990 an U. zu zahlen hatte, hätte der Kläger mit den vorhandenen Unterlagen als Verlust bei der Veräußerung seines Geschäftsanteils geltend machen können. Das notarielle Schuldanerkenntnis enthält zwar die ausdrückliche Bestimmung, daß die Verbindlichkeit selbständig begründet werde. Mit dieser Urkunde allein hätte der Kläger deshalb im Zweifel nicht nachgewiesen, daß die Zahlungsverpflichtung Teil seines Verlusts bei der Veräußerung des GmbH-Anteils war.

Bei gleichzeitiger Vorlage

- der Urkunde über die Bürgschaft in Höhe von 200.000 DM, die der Kläger im April 1988 gegenüber der Raiffeisenbank D. übernommen hatte,
  - des Vergleichsangebots vom 28.6.1989,
  - des privatschriftlichen Vertrages vom 29.6.1989 und
  - des notariellen Schuldanerkenntnisses
- hätte das Finanzamt den Nachweis aber als geführt ansehen und die eingegangene Zahlungsverpflichtung als nachträgliche Anschaffungskosten des Klägers berücksichtigen müssen.

Denn mit den angeführten Urkunden hätte der Kläger belegt, daß schon das Schuldanerkenntnis 1989 (und nicht erst die Zahlung 1990) auf der begründeten Erwartung des Klägers beruhte, sonst aus der Bürgschaft in Anspruch genommen zu werden. Damit wäre der Kläger auch insoweit nicht auf U.'s Mithilfe angewiesen gewesen. Der privatschriftliche Vertrag vom 29.6.1989 hat der Beklagten damals schon vorgelegen; sie hat ihn selbst in Kopie zu den Akten gereicht.

In diesem Vertrag ist die Bürgschaft vom 11.4.1988 ausdrücklich angesprochen. Abschriften der Bürgschaftsurkunde, des Vergleichsangebots und des notariellen Schuldanerkenntnisses hätte die Beklagte vom Kläger anfordern können; U. hätte auch insoweit nicht mitzuwirken brauchen. Damit wäre der Nachweis des Verlusts vollständig geführt gewesen.

5. Der Kläger hätte im Zweifel die Unterlagen, die er besaß, der Beklagten vorgelegt, wenn sie ihn richtig beraten hätte; den dahingehenden Anscheinsbeweis (vgl. BGH, NJW 1996, 312, 314 m.w.N. = GI 1996, 3) hat die Beklagte nicht entkräftet.

(...)

## Notarhaftung

- Schadenabwendungspflicht, § 839 Abs. 3 BGB
- Rechtsmittel
- Erinnerungen und Mahnungen der Beteiligten
- Veranlassung, Inhalt der Grundbuchnachricht (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.3.1997 - 18 U 47/96, VersR 1998, 117)

### Leitsatz:

Der Notar haftet nicht auf Schadenersatz wegen unterlassenen Antrags auf Eintragung einer Gesamtgrundschuld auch auf weitere Grundstücke, wenn ein Beteiligter es fahrlässig unterläßt, den Notar an die Veranlassung dieser Eintragung zu erinnern.

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nahm den Beklagten auf Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung in Anspruch. Die Klägerin gewährte im April 1989 ihrem Kunden, dem Kaufmann D., ein Darlehen über 250.000 DM. Dieses sollte nach der zugrundeliegenden „Stundungsvereinbarung“ vom 6.4.1989 u.a. durch Eintragung einer Globalgrundschuld auf den Immobilien J.-Straße/ A.-Straße und M.-Straße in K. gesichert werden.

Zu seiner UR 634/89 beurkundete der Beklagte am 3.4.1989 die Bestellung einer Gesamtgrundschuld über 250.000 DM zugunsten der Klägerin durch den Kaufmann D. an diesen Grundstücken. Eine vollstreckbare Ausfertigung dieser Grundschuldbestellungsurkunde wurde der Klägerin unter dem 19.4.1989 erteilt. Aufgrund eines Versehens, dessen nähere Ursachen nicht bekannt waren, beantragte der Beklagte die Eintragung der Gesamtgrundschuld nur an den noch zu bildenden Teileigentumsrechten des Grundstücks M.-Straße.

Unter dem 29.11.1989 übersandte das Grundbuchamt K. dem Beklagten Eintragungsnachrichten betreffend die Eintragung der Gesamtgrundschuld auf diesen Teileigentumsrechten des Kaufmannes D. Diese Grundbuchnachricht mitsamt beglaubigtem Grundbuchauszug übersandte der Beklagte der Klägerin mit Schreiben vom 12.12.1989. Die Klägerin überprüfte diese Unterlagen nicht in der Annahme, der Beklagte habe sie als erfahrener Notar selbst überprüft.

In der Folgezeit, nämlich am 15.2.1991, wurde auf den Grundstücken J.-Straße und A.-Straße eine Grundschuld zugunsten der Sparkasse X.

über 100.000 DM nebst Zinsen und Nebenleistungen eingetragen; dieser Eintragung lag eine Eintragungsbewilligung vom 11.10.1990 zugrunde. Als der Kaufmann D. zunehmend in Vermögensverfall geriet, wurde der Grundbesitz J.-Straße/A.-Straße verkauft. Die Klägerin erhielt aus dem Kaufpreiserlös nichts.

Mit Schreiben vom 12.5.1993 nahm sie dann den Beklagten auf Zahlung von 175.000 DM Schadenersatz in Anspruch mit der Begründung, bei pflichtgemäßem Handeln, d.h. Veranlassung der Eintragung ihrer Gesamtgrundschuld an im April 1989 rangbereiter Stelle, wären ihrer Grundschuld lediglich Vorlasten in Höhe von maximal 400.000 DM vorausgegangen, so daß sie jedenfalls in Höhe des verbliebenen Differenzbetrags von 175.000 DM am Kaufpreis partizipiert hätte.

Das LG hat die Klage abgewiesen.

Die Berufung der Klägerin hatte keinen Erfolg.

### Aus den Gründen:

Nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin ist der Beklagte nicht verpflichtet, ihr 175.000 DM Schadenersatz zu leisten, weil er es amtspflichtwidrig unterlassen hat, dafür zu sorgen, daß die Gesamtgrundschuld auch auf den Grundstücken J.-Straße und A.-Straße eingetragen wurde ... **Allein entscheidend ist, daß die Klägerin es schuldhaft unterlassen hat, einen Schaden aus der unterbliebenen Eintragung der Gesamtgrundschuld durch den Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden** (§§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 839 Abs. 3 BGB). Die Klägerin hat es fahrlässig unterlassen, den Beklagten an die Veranlassung der Eintragung der Gesamtgrundschuld auf den zwei streitigen Grundstücken zu erinnern.

**Der Begriff des Rechtsmittels i.S.d. § 839 Abs. 3 BGB** ist nach herrschender Meinung **nicht im engen technischen Sinn zu verstehen, sondern weit zu fassen**; er betrifft alle Rechtsbehelfe, die sich gegen die schädigende Amtshandlung oder Unterlassung richten und die nach gesetzlicher Ordnung ihre Beseitigung oder Berichtigung ermöglichen; **dazu gehören insbesondere auch Gegenvorstellungen und Erinnerungen** (vgl. BGH, VersR 1974, 667 f = NJW 1974, 639, 640 m.w.N.; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und Notars 5. Aufl., II 274; Seybold/Schippel, BNotO 6. Aufl., § 19 Rdnr. 99; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rdnr. 198).



Die Klägerin hat es jedenfalls fahrlässig unterlassen, sich Ende 1989 beim Beklagten zu erkundigen, warum sie keine Nachricht über die Eintragung der Gesamtgrundschild auf den Grundstücken J.-Straße und A.-Straße erhielt, und auf diese Weise den Beklagten an die entsprechende Antragstellung beim Grundbuchamt zu erinnern. Ihr mußte sich aufdrängen, daß es im Zusammenhang mit der Eintragung der Gesamtgrundschild zu einer Amtspflichtwidrigkeit gekommen war ... Unstreitig erhielt die Klägerin mit Schreiben des Beklagten vom 12.12.1989 die Eintragungsnachricht des Grundbuchamts des AG vom 29.11.1989 mitsamt Grundbuchauszügen betreffend die Teileigentumsgrundbücher über die Eintragung der Gesamtgrundschild auf den Teileigentumsrechten M.-Straße übersandt.

**Aus dieser Grundbuchnachricht konnte die Klägerin auch ohne jede Erfahrung in Grundbuchdingen bei aufmerksamem Lesen unschwer erkennen, daß diese Eintragungsnachricht allein die zwei in der Grundschildbestellungsurkunde zunächst erwähnten Teileigentumsrechte betraf, nicht aber die weiteren in der Grundschildbestellungsurkunde aufgeführten mitzubelastenden Grundstücke.**

Ob sie aus dem ausdrücklich auf die beiden Teileigentumsgrundbücher beschränkten Gesamthaftvermerk hätte erkennen können und müssen, daß eine Gesamthaft bezüglich der anderen Grundstücke nicht beantragt worden war, kann dahinstehen. Jedenfalls hatte sie anlässlich des Erhalts nur dieser beiden Eintragungsnachrichten zu den Teileigentumsgrundbüchern **Veranlassung, sich alsbald beim Beklagten nach dem Verbleib von Nachrichten bezüglich der Eintragung der Gesamtgrundschild auch auf den anderen zu belastenden Grundstücken zu erkundigen.**

Damit wird der Klägerin nicht angesonnen, den Notar daraufhin zu kontrollieren, ob dieser seine Amtspflichten auch ordnungsgemäß erfüllt hat. **Die Beteiligten sind weder Aufsichtsbehörde noch Kontrollorgan gegenüber dem Notar. Gleichwohl müssen sich die an einem notariellen Rechtsgeschäft Beteiligten selbst in angemessener Weise um die Erledigung der Angelegenheiten kümmern.** Sie müssen sich nach Kräften dafür interessieren, ob die Eintragungen entsprechend den in der Urkunde gestellten Anträgen unverzüglich vorgenommen werden. **Es kann von ihnen verlangt werden, sich bei dem Notar nach einiger Zeit zu erkundigen, ob die Eintragung erfolgt ist, und ihn**

**gegebenenfalls an die Erledigung zu erinnern, ihn unter Umständen sogar dazu aufzufordern** (vgl. BGH, VersR 1974, 667 f = NJW 1974, 639, 640; OLG Düsseldorf, MDR 1977, 588, 589, Rinsche, a.a.O., II 277; Seybold/Schippel, a.a.O., § 19 Rdnr. 102; Arndt/Lerch/Sandkühler, a.a.O., Rdnr. 202).

Von daher ist es den Beteiligten auch zuzumuten, ihnen zugehende Mitteilungen des Notars und Dritter, insbesondere der mit dem Notariatsgeschäft befaßten Behörden und Gerichte, d.h. also gerade auch des Grundbuchamts, zur Kenntnis zu nehmen und inhaltlich zu prüfen. Gerade letzteres hat die Klägerin nach eigenem Vorbringen nicht getan.

Hätte sie den Notar Ende 1989 an die Eintragung der Gesamtgrundschild auch auf den Grundstücken J.-Straße und A.-Straße erinnert, wäre es ohne weiteres möglich gewesen, auch hinsichtlich dieser Grundstücke die Gesamthaft für die Grundschild zugunsten der Klägerin über 250.000 DM zur Eintragung zu bringen, bevor die nachfolgende Grundschild über 100.000 DM zugunsten der Sparkasse X. eingetragen wurde.

Da die Klägerin gerade in der Vorrangigkeit dieser Grundschild und des dadurch eingetretenen eigenen Ausfalls hinsichtlich der Verteilung des Kaufpreiserlöses aus der Veräußerung der Grundstücke J.-Straße und A.-Straße ihren angeblichen Schaden herleitet, hätte dieser durch die rechtzeitige Erinnerung des Notars jedenfalls vermieden werden können.

## **Ermächtigung zur Akten-einsicht bei Steuerberater, §§ 666 f BGB, 66 StBerG**

- Steuerberatungsvertrag mit Eheleuten
- Tod des Ehemanns
- Erbengemeinschaft und Ehefrau als Rechtsinhaber

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.3.1997 - 13 U 61/96)

### **Leitsätze (d. Red.):**

1. Die gerichtliche Geltendmachung fremder Ansprüche im eigenen Namen ist aufgrund der Ermächtigung des Rechtsinhabers möglich, wenn ein eigenes schutzwürdiges Interesse an der Durchsetzung des fremden Rechts besteht (sog. gewillkürte Prozeßstandschaft).

**2. Haben Eheleute einen Steuerberatungsvertrag geschlossen, muß die Ehefrau auch eine Ermächtigung zur Geltendmachung des Akteneinsichtsrechts im eigenen Namen aussprechen.**

#### Aus den Gründen:

##### I.

Der Auffassung des Landgerichts, die Klage sei unzulässig, tritt der Senat, soweit der Beklagte zu 1) in Anspruch genommen wird, uneingeschränkt bei. Hinsichtlich des Beklagten zu 2) bedarf die Frage, ob die Klage zulässig ist, keiner Entscheidung. Die erhobenen Ansprüche sind jedenfalls nicht begründet.

**1. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1988, 1585, 1586 m.w.N.) ist die gerichtliche Geltendmachung fremder Ansprüche im eigenen Namen aufgrund einer Ermächtigung des Rechtsinhabers (sog. gewillkürte Prozeßstandschaft) zulässig, wenn der Prozeßstandschafter ein eigenes schutzwürdiges Interesse an der Durchsetzung des fremden Rechts hat.** Daß die Erben des Verstorbenen die Klägerin zur Prozeßführung im eigenen Namen ermächtigt haben, wird im Berufungsrechtszug nicht mehr in Zweifel gezogen.

**Die Erbengemeinschaft ist allerdings nicht Alleininhaberin des auf dem Mandatsverhältnis mit dem Beklagten zu 1) beruhenden Rechts auf Einsichtnahme in die Akten und auf Herausgabe von Schriftstücken (§§ 666 f BGB, § 66 StBerG).** Denn Vertragspartner des Beklagten zu 1) waren hier der Erblasser und dessen Ehefrau. Dieses Vorbringen des Beklagten zu 1) findet seine Bestätigung nicht nur im Bericht des Finanzamts für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung D. vom 5.6.1991 über die steuerlichen Feststellungen bei den „Eheleute(n) M. und S.“, in dem dieser ausdrücklich **als steuerlicher Berater** aufgeführt wird.

Der nach dem Vorbringen der Klägerin im nachgelassenen Schriftsatz vom 19.2.1997 angeblich bereits unter dem 15.1.1991 beauftragte Rechtsanwalt ist jedenfalls von Frau M. zu der von der Steuerfahndungsstelle durchgeführten abschließenden Besprechung am 15.3.1991 nicht hinzugezogen worden. Darüber hinaus hat der Beklagte zu 1) seine Gebührenrechnung vom 30.4.1991 – ohne daß es beanstandet worden

wäre – an den Erblasser und Frau M. gerichtet. Bei dieser Sachlage bedarf es keiner weiteren Aufklärung, ob die dem Rechtsanwalt von Herrn U. namens seiner Mutter erteilte Vollmacht überhaupt Wirksamkeit entfaltet hat.

Im Schriftsatz vom 19.2.1997 zitiert die Klägerin (verkürzt) aus einem Schriftsatz der erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Beklagten zu 1), den dieser in dem Rechtsstreit ... – LG K. zu den Gerichtsakten gereicht hat. Wenn es dort heißt, Frau M. habe aufgrund ihrer Einkünfte niemals die Dienste eines Steuerberaters in Anspruch nehmen können, steht das im Widerspruch zum Vorbringen im nachgelassenen Schriftsatz vom 19.2.1997. Danach soll für das Steuerfahndungsverfahren – nur darum geht es hier – sogar ein Fachanwalt für Steuerrecht beauftragt worden sein.

Die Ansicht der Klägerin, die Vertretung der Eheleute durch den Beklagten zu 1) sei unzulässig gewesen, geht im übrigen fehl. Das Finanzamt hat, das zeigt der Abschlußbericht vom 5.6.1991, lediglich die Besteuerungsgrundlagen (§ 208 Abs. 1 Nr. 2 AO) ermittelt. Über das Ergebnis der steuerlichen Feststellungen ist „Einigung erzielt“ worden, ein in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gewiß nicht mögliches Ergebnis.

**Die Erbengemeinschaft hat nur die Rechtsstellung des Erblassers erlangt. Die Klägerin bedarf zur Geltendmachung des fremden Rechts im eigenen Namen daher auch der Ermächtigung der Ehefrau des Erblassers.** Eine entsprechende ausdrückliche Erklärung der Frau M. ist nicht vorgelegt worden. Auch eine unter Ehegatten an sich mögliche stillschweigende Ermächtigung kann angesichts der gerichtlichen Auseinandersetzung ... – LG K. nicht angenommen werden.

**2. Was das erforderliche Eigeninteresse der Klägerin an der Geltendmachung des fremden Rechts gegenüber dem Beklagten zu 2) anbelangt, so dürfte dieses durchaus vorliegen. Der Klägerin geht es im Kern um Unterlagen, die sie zur Berechnung eines Pflichtteilsergänzungsanspruchs benötigt.** Zweifelhaft ist jedoch, ob das Interesse der Klägerin schutzwürdig ist. Denn sie nimmt die angeblich Beschenkten, die zweite Ehefrau des Erblassers und deren Söhne, in dem bereits erwähnten Rechtsstreit auf Auskunft, Feststellung und Zahlung in Anspruch. In jenem Verfahren könnte sie die Beklagten als Zeugen benennen.

Letztlich kann die Frage, ob ein schutzwürdiges Interesse der Klägerin zu bejahen ist, aber auf sich beruhen. Die Klage gegen den Beklagten zu 2) ist unbegründet.

## II.

Der Erbengemeinschaft steht gegenüber dem Beklagten zu 2) kein Anspruch auf Herausgabe von Unterlagen zu.

1. Die Klägerin behauptet im Berufungsrechtszug kategorisch, der Beklagte zu 2) habe vom Beklagten zu 1) eine Kopie der Aktennotiz vom 15.3.1991 erhalten. Im ersten Rechtszug hieß es dagegen, der **Beklagte zu 2) sei als Gebrechlichkeitspfleger des Erblassers** gehalten gewesen – eine ordnungsgemäße Verwaltung unterstellt – die Aktennotiz entgegenzunehmen, zu verwahren und am Ende der Pflugschaft herauszugeben. Die Annahme der Klägerin, daß der Beklagte zu 2) die Aktennotiz besitze, beruht allein auf dem Umstand, daß dieser die Rechnung der Beklagten zu 1) vom 30.4.1991, die einen Gebührensatz für die Fertigung einer Aktennotiz enthält, aus dem Vermögen des Erblassers bezahlt hat. Dieser Schluß läßt sich aber schon deshalb nicht ziehen, weil der Beklagte zu 1) in Abrede stellt, den Beklagten zu 2) eine Fotokopie der Aktennotiz ausgehändigt zu haben.

2. Der Beklagte zu 2) ist auch nicht verpflichtet, ein Schreiben des Beklagten zu 1) nebst Bericht herauszugeben. Der Beklagte zu 1) hat in der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht erklärt, das Schreiben vom 4.4.1991 sei nicht an den Beklagten zu 2), sondern an die Ehefrau des Erblassers gerichtet gewesen und nur dieser zugeleitet worden. **Selbst wenn der Beklagte zu 2) im Besitze dieses Schreibens und des Berichtes wäre, dürfte er die Unterlagen ohne Einwilligung der Ehefrau des Erblassers nicht an die Erbengemeinschaft herausgeben.**

3. Der Beklagte zu 2) ist schließlich nicht verpflichtet, zu Händen der Klägerin eine Fotokopie der „Aufstellung über Sparbriefe, Sparkonten, festverzinsliche Wertpapiere und Festgeldkonten“ herauszugeben. Im Berufungsrechtszug behauptet die Klägerin ausdrücklich, der Beklagte zu 2) habe Kopien aus den Steuerstrafakten gefertigt. Dabei handelt es sich, worauf der Beklagte zu 2) zu Recht hinweist, um eine Behauptung „ins Blaue“. Denn im ersten Rechtszug hat die Klägerin lediglich ausgeführt, sie könne sich nicht vorstellen, daß der Be-

klagte zu 2) keine Kopien gezogen habe. Im Berufungsrechtszug hat sich mithin die erstinstanzlich geäußerte Vermutung zur Gewißheit verdichtet. Die Klägerin legt aber nicht dar, daß sie inzwischen zu neuen Erkenntnissen gelangt ist.

Sie kann sich auch nicht auf das Finanzamt D. berufen. Die „Aufstellung des Pflegers“ über „Konten, Festgeld, Sparkassenbriefe und Termingeld sowie über ein Schrankfach im Werte von insgesamt ca. 500.000 DM“ ist Bestandteil der Gerichtsakten.

Selbst wenn man das Vorbringen der Klägerin aber als schlüssig erachten wollte, kann ihr Klagebegehren keinen Erfolg haben. Sie hat für ihre Behauptung Beweis durch die Parteivernehmung des Beklagten zu 2) angetreten. **Die Parteivernehmung setzt aber nach § 445 Abs. 1 ZPO voraus, daß zunächst alle anderen Möglichkeiten des Beweises ausgeschöpft werden.** Bei der Schlußbesprechung, bei welcher der Beklagte zu 2) die Kopien gefertigt haben soll, waren aber die Ehefrau des Erblassers sowie die Prüfer zugegen. Diese Personen hätte die Klägerin zunächst als Zeugen benennen müssen.

## Notarhaftung

- Belehrungspflicht
- Beweislast für unterlassene Belehrung (OLG Oldenburg, Urt. v. 5.12.1997 – 13 U 58/97, rkr.)

### Leitsatz (d. Red.):

**Der Anspruchsteller trägt die Beweislast für eine angeblich pflichtwidrig unterlassene Belehrung des Notars.**

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte beurkundete am 24.9.1993 einen Vertrag, durch den der Kläger und seine Ehefrau einen Teil ihres in F. belegenen Grundstücks verkauften. In dem Kaufvertrag wurde ausdrücklich bestimmt, daß die Käufer ohne Kürzung des Kaufpreises die Belastung ihres Grundstücks mit einem Überwegungsrecht zu dulden hätten. Eine Eintragung des Überwegungsrechts ins Grundbuch erfolgte nicht.

Später veräußerten der Kläger und seine Ehefrau zwei weitere auf dem Restflurstück stehen-

de Wohnhäuser. Den Käufern wurde ein Überwegungsrecht über das Grundstück der Erstkäufer, der Eheleute K., zugesichert, daß durch Eintragung im Grundbuch abzusichern sei.

Die Eheleute K. machten die Eintragung des Überwegungsrechts jedoch von einer Zahlung von 10.000 DM abhängig, die der Kläger auch leistete, weil die Käufer der Hausgrundstücke ohne Eintragung des Überwegungsrechts die vereinbarten Kaufpreise nicht zahlen wollten.

Der Kläger begehrt von dem Beklagten Schadenersatz mit der Begründung, dieser habe bei der Beurkundung des mit den Eheleuten K. geschlossenen Kaufvertrages auf die Notwendigkeit einer Eintragung des Überwegungsrechts hinweisen müssen.

Der Beklagte hat demgegenüber geltend gemacht, die grundbuchliche Absicherung des Wegerechts sei bei den Vertragsverhandlungen erörtert worden; die Vertragsparteien hätten eine Eintragung aber nicht gewollt.

Das Landgericht hat durch das angefochtene Urteil die auf Zahlung von 10.000 DM gerichtete Klage nach Beweiserhebung abgewiesen. Da der Kläger und seine Ehefrau zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages noch Eigentümer des Restflurstücks gewesen seien, habe keine Notwendigkeit bestanden, das Überwegungsrecht ins Grundbuch eintragen zu lassen.

Etwas anderes könne gelten, wenn bei den Kaufvertragsverhandlungen auf Wunsch einer Partei die Frage erörtert worden sei, ob das Überwegungsrecht eingetragen werden solle. Diese Frage habe sich bei der vom Landgericht durchgeführten Beweisaufnahme aber nicht klären lassen.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Kläger mit seiner Berufung.

Er ist der Ansicht, der Beklagte habe beim Vertragsabschluß die Frage des Überwegungsrechts und dessen Bestellung endgültig klären müssen und sich nicht darauf beschränken dürfen, in den Kaufvertrag aufzunehmen, daß den Käufern das Bestehen eines Überwegungsrechts bekannt sei und dieses von ihnen übernommen werde. Der Beklagte habe seine Aufklärungspflicht verletzt. Im übrigen rügt der Kläger die Beweiswürdigung des angefochtenen Urteils.

(Anträge ...)

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Klägers ist nicht begründet. Er hat keinen Anspruch aus Amtspflichtverletzung gegen den Beklagten. Denn der Kläger hat nicht den ihm obliegenden Beweis geführt, von dem Beklagten nicht ordnungsgemäß belehrt worden zu sein (vgl. BGH, DNotZ 1989, 48).

**Daß dem Kläger somit die Führung eines negativen Beweises abverlangt wird, ändert nichts an der Beweislast.** Allerdings treffen den Beklagten erhöhte Anforderungen hinsichtlich der Substantiierung seines Vorbringens (BGH, WM 1987, 590 = GI 1987, 66).

Diesen Anforderungen hat der Beklagte jedoch genügt. Er hat plausibel dargelegt, daß die Eheleute K. mit der Eintragung eines Überwegungsrechts nicht einverstanden gewesen seien, weil sie befürchtet hätten, daß an einer solchen Eintragung die Darlehensgewährung durch die O. hätte scheitern können.

Diese Einlassung ist von dem Kläger nicht widerlegt worden. Insoweit wird auf die Beweiswürdigung des angefochtenen Urteils verwiesen.

Dahinstehen kann, ob das von dem Kläger behauptete dreimalige Aufsuchen des Beklagten nach der Beurkundung, damit dieser für die Eintragung des Überwegungsrechts Sorge, ein hinreichend starkes Indiz dafür sein könnte, daß von den Vertragsparteien die Eintragung eines solchen Überwegungsrechts gewollt war. Denn der Kläger ist für diese von dem Beklagten bestrittene Behauptung beweisfällig geblieben.

## Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn, Säumnis-, Verspätungszuschläge
  - Verjährungsverzicht des Berufshaftpflichtversicherers
  - Pauschaler Sachvortrag
- (LG Krefeld, Urt. v. 27.2.1998 - 5 O 255/97)

#### Leitsätze (d. Red.):

**1. Der Schadenersatzanspruch wegen vermeidbarer Säumniszuschläge beginnt im Zeitpunkt der unterbliebenen Zahlung. Bei Verspätungszuschlägen kommt es auf den Zeitpunkt ihrer Festsetzung an.**

**2. Der Verjährungsverzicht des Berufshaftpflichtversicherers entfaltet keine Wirkung gem. § 242 BGB auch für den Versicherungsnehmer.**

**3. Der pauschale Sachvortrag, sämtliche Unterlagen bis zum nächstfolgenden Frühjahr dem Büro eingereicht zu haben, ist nicht hinreichend substantiiert.**

#### Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die beklagte Witwe und Alleinerbin ihres früheren Steuerberaters auf Ersatz von Säumnis- und Verspätungszuschlägen in Anspruch, die während ihres Vertragsverhältnisses mit dem verstorbenen Ehemann der Beklagten entstanden.

Die Beklagte ist die Witwe und Alleinerbin des Steuerberaters K., der lange Zeit bis etwa 1993/94 für die Kläger tätig war und Ende 1994 verstarb. Zu dem streitgegenständlichen Steuerberatungsauftrag gehörten die Bearbeitung der monatlichen Löhne des Geschäftes der Kläger, die Abgabe der persönlichen Einkommensteuererklärungen der Kläger sowie die Bearbeitung der Gewerbe-, Vermögens- sowie Jahresumsatzsteuer. In den Jahren 1988 bis 1993 ergingen diesbezüglich Schätzungsbescheide des Finanzamts K.

In den Jahren 1992 bis Ende 1994 ergingen gegen die Kläger Steuerbescheide. In diesem Zeitraum wurden für Steuerschulden der Kläger von 1986 bis zum ersten Quartal 1995 Säumniszuschläge in Höhe von 23.332 DM sowie Verspätungszuschläge in Höhe von 6.300 DM seitens des Finanzamts festgesetzt. (...)

Die Kläger verlangten vorprozessual von der Beklagten durch Schreiben vom 10.7.1995 mit Fristsetzung zum 15.8.1995 die Zahlung dieser Säumnis- und Verspätungszuschläge, insgesamt 29.213 DM.

Die Berufshaftpflichtversicherung des Erblassers teilte den Prozeßbevollmächtigten der Kläger am 14.8.1996 mit: „Wir sind bereit, auf die Einrede der Verjährung hinsichtlich der geltend gemachten angeblichen Regreßansprüche insoweit zu verzichten, als die Verjährung nicht bereits zum Zeitpunkt des Zugangs dieser Erklärung eingetreten war. Ihnen ist bekannt, daß wir uns ausdrücklich auf die Einrede der Verjährung berufen.“

Die Kläger behaupten, sie hätten dem verstorbenen Ehemann der Beklagten alle notwendigen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Daß es zu Säumnis- und Verspätungszuschlägen gekommen sei, habe allein der verstorbene Ehemann der Beklagten zu vertreten, der die Vorgänge nicht pünktlich bearbeitet habe. Sie bieten dafür Beweis an durch Zeugnis der Frau W., der ehemaligen Mitarbeiterin des Herrn K.

Sie seien mit dem verstorbenen Ehemann der Beklagten stets so verfahren, daß sie ihm die gesamte Bearbeitung der Steuerunterlagen überlassen und ihm jeweils Blankoschecks ausgestellt hätten, die dieser entsprechend ausgefüllt und auf das Finanzamt ausgestellt habe. Dies sei auch so geschehen, als der Kläger zu 1) erstmals 1993 ein persönliches Anschreiben vom Finanzamt mit der Festsetzung von Verspätungs- und Säumniszuschlägen erhalten habe. Der verstorbene Ehemann der Beklagten habe zugesichert, die Sache zu bereinigen. Erst nach seinem Tode sei das gesamte Ausmaß seiner Versäumnisse bekannt geworden.

(Anträge ...)

Die Beklagte bestreitet mit Nichtwissen, daß die Kläger die Steuerunterlagen rechtzeitig ihrem verstorbenen Ehemann vorgelegt hätten und erhebt darüber hinaus die Einrede der Verjährung.

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet. Den Klägern steht kein Anspruch auf Ersatz der an das Finanzamt gezahlten Säumnis- und Verspätungszuschläge zu. Der einzig hier in Betracht kommende Anspruch aus positiver Forderungsverletzung des Steuerberatervertrages in Verbindung mit § 1967 BGB ist bis auf die Verspätungszuschläge vom 2.11.1994 in Höhe von 2.090 DM, vom 19.12.1995 in Höhe von 190 DM sowie vom 7.12.1994 in Höhe von 400 DM gemäß § 68 StBerG verjährt.

Hinsichtlich der genannten Verspätungszuschläge ist die Klage unbegründet, da die Kläger nicht substantiiert dargelegt haben, wann sie die Steuerunterlagen für die betreffenden Steuererklärungen (Einkommensteuer 1988, Einkommensteuer 1991, Umsatzsteuer 1992) beim verstorbenen Ehemann der Beklagten abgegeben haben und daß die Verspätungszuschläge auf einem Versäumnis ihres ehemaligen Steuerberaters beruhen.

1. Die **dreijährige Verjährungsfrist** für Schadenersatzansprüche der Auftraggeber, hier der Kläger, aus dem Steuerberatervertragsverhältnis ist bereits zum Zeitpunkt der Klageeinreichung am 17.7.1997 – auch unter Berücksichtigung der „Zustellung demnächst“ im Sinne des § 270 Abs. 3 ZPO – hinsichtlich aller Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge mit Ausnahme der oben genannten (2.090 DM, 190 DM, 400 DM) abgelaufen.

a) Hinsichtlich der in der Klageforderung geltend gemachten Säumniszuschläge ist Verjährung – bis auf die Beträge in Höhe von 10 DM Vermögensteuer 1994 und 5 DM Vermögensteuer 1/1995 – in bezug auf die Einkommensteuer, Solidaritätszuschläge, Vermögensteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuer spätestens am 31.12.1996 eingetreten, denn bis Ende 1993 ergingen hinsichtlich dieser Beträge Schätzungsbescheide des Finanzamts. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG ist demnach bis zur Klageeinreichung am 17.7.1997 hinsichtlich dieser Ansprüche abgelaufen. Soweit die Lohnsteuern bis Ende April 1994 mit Säumniszuschlägen belegt wurden, trat hier Verjährung Ende April 1997 – nach Ablauf von drei Jahren – ein.

Entscheidend für den Beginn der Verjährungsfrist ist gemäß § 68 StBerG der Zeitpunkt, in dem der **Schadenersatzanspruch** des Auftraggebers **entsteht**. Dies ist für **Säumniszuschläge** grundsätzlich der **Zeitpunkt der Verwirklichung des Tatbestandes, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft** (vgl. *Tipke/Kruse*, § 38 AO Rdnr. 1; § 240 AO Rdnr. 1, 13). **Dies ist im Falle des Säumniszuschlages grundsätzlich der Zeitpunkt der unterbliebenen Zahlung.** Für Säumniszuschläge gilt darüber hinaus, daß sie erst ab Festsetzung der Steuerschuld entstehen (vgl. *Tipke/Kruse*, § 240 AO Rdnr. 9).

Der Anspruch des Finanzamts muß titulierte sein. Diese Voraussetzungen sind hinsichtlich der oben genannten Säumniszuschläge durch die Schätzungsbescheide, die von 1988 bis 1993 ergingen, erfüllt. In ihnen wurde die Leistungspflicht des Schuldners konkretisiert und die Steuerschuld festgesetzt. Die Säumniszuschläge für Steuerschulden bis einschließlich 1993 können die Kläger demnach nicht ersetzt verlangen.

b) Für die **Lohnsteuerschulden** Januar bis April 1994 gilt, daß diese **automatisch monatlich anfallen** und auch hier Verjährung daher Ende

April 1997, d.h. vor Klageeinreichung, eingetreten ist.

c) Die **Säumniszuschläge für die Vermögenssteuerschulden 1994 und 1995** in Höhe von insgesamt 15 DM können die Kläger ebenfalls nicht von der Beklagten ersetzt verlangen, da im Jahre 1994 bereits der Steuerberater G. für die Kläger tätig war. Es läßt sich nicht nachvollziehen, daß die insoweit angefallenen Säumniszuschläge auf eine Tätigkeit des verstorbenen Ehemanns der Beklagten zurückgehen.

2. Auch die Verspätungszuschläge sind bis auf die am 22.11.1994, 19.12.1995 und 7.12.1994 festgesetzten Beträge in Höhe von 2.090 DM, 190 DM sowie 400 DM verjährt.

Hinsichtlich der übrigen in der Aufstellung aufgelisteten Verspätungszuschläge, die vor dem 17.7.1994 (dreijährige Verjährungsfrist gemäß § 68 StBerG) festgesetzt wurden, ist die Verjährung eingetreten. **Für den Entstehungszeitpunkt der Verspätungszuschläge kommt es abweichend von § 38 AO auf den Zeitpunkt der Festsetzung an, da es sich insoweit um eine Ermessensentscheidung handelt** (vgl. *Tipke/Kruse*, § 38 AO Rdnr. 1, § 152 AO Rdnr. 11). Mit Ausnahme der genannten Verspätungszuschläge wurden diese allesamt vor dem 17.7.1994 festgesetzt.

3. Die Verjährung ist nicht etwa deshalb ausgeschlossen, weil die Berufshaftpflichtversicherung des verstorbenen Ehemanns der Beklagten am 14.8.1996 einen **Teilverjährungsverzicht** aussprechen wollte. Diese Erklärung verhindert die Verjährung der streitgegenständlichen Ansprüche nicht. Die Berufshaftpflichtversicherung des verstorbenen Ehemanns der Beklagten verzichtete ausdrücklich nur auf die Einrede der Verjährung hinsichtlich der noch nicht bereits verjährten Ansprüche. **Ein solcher Verzicht ist gemäß § 225 BGB unwirksam** (vgl. *Palandt/Heinrichs*, § 222 Rdnr. 5, 225 Rdnr. 2).

**Soweit eine solche Erklärung gemäß § 242 BGB die Wirkung entfaltet, daß die Einrede der Verjährung bis zum Scheitern der Verhandlungen zuzüglich einer kurzen Überlegungsfrist unzulässig ist, gilt dies zunächst nur für die Berufshaftpflichtversicherung selbst, nicht aber für die Beklagte.** Darüber hinaus ist seit dem Schreiben vom 14.8.1996 bis zur Klageeinreichung am 17.7.1997 fast ein ganzes Jahr vergangen. Die Kläger haben nicht vorgetragen, daß die Parteien während dieses gesamten Jahres

Verhandlungen über den streitgegenständlichen Anspruch führten. Soweit die Ansprüche im Zeitpunkt der Erklärung vom 14.8.1996 bereits verjährt waren, hat die Berufshaftpflichtversicherung ausdrücklich nicht auf die Einrede der Verjährung verzichtet.

4. Auch hinsichtlich der nicht verjährten Schadenersatzansprüche für die Verspätungszuschläge in Höhe von 2.090 DM, 190 DM und 400 DM war die Klage abzuweisen.

Die Kläger haben trotz ausdrücklichen Hinweises der Beklagten nicht substantiiert dargelegt, daß sie die Unterlagen, soweit sie für die Einkommensteuererklärung 1988, 1991 und die Umsatzsteuererklärung 1992 erforderlich waren, dem verstorbenen Ehemann der Beklagten so rechtzeitig vorgelegt haben, daß dieser die Steuererklärungen pünktlich einreichen konnte.

**Es reicht für einen substantiierten Klagevortrag nicht aus, wenn die Kläger pauschal behaupten, sie hätten sämtliche Unterlagen für die erforderlichen Steuererklärungen bis zum nächstfolgenden Frühjahr beim verstorbenen Ehemann der Beklagten eingereicht. Die Kammer sieht keine Veranlassung, die Zeugin W. zu diesem unsubstantiierten Sachvortrag zu vernehmen.** Trotz ausdrücklichen Hinweises der Beklagten haben die Kläger nicht substantiiert dargelegt, wann dem verstorbenen Ehemann der Beklagten welche Unterlagen vorgelegt wurden.

## GI Leitsatz

### Verpachtung Mandantenstamm/vGA?/ Angemessener Pachtzins

Veräußert ein Steuerberater sein bewegliches Betriebsvermögen mit Ausnahme des Mandantenstammes, der das werthaltigste Wirtschaftsgut seines Betriebsvermögens darstellt, an eine von ihm gegründete GmbH, so kann der Mandantenstamm Gegenstand eines Pachtvertrages zwischen Berater und Beratungs-GmbH sein (Abgrenzung zu BFH-Urteil v. 30.3.1994 – I R 52/93, BFHE 175, 33, BStBl. II 1994, 903). Die von der GmbH hierfür gezahlten (angemessenen) Pachtzinsen sind keine verdeckten oder andere Ausschüttungen i.S. des § 8 Abs. 3 Satz 2 und § 27 KStG.  
(BFH, Urt. v. 18.12.1996 – I R 128-129/95, WPK-Mitt. 1997, 247)

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

### Heft 1-11

#### Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- = Pflichtprüfung 98, 217
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

#### Abtretung

- Auszahlungsanspruch aus Anderkonto 98, 138

#### Allgemeine Geschäftsbedingungen

- Fälligkeitszinsen 98, 242
- Verzugszinsklausel 98, 242

#### Anderkonto

- Auszahlungsanspruch
- = Abtretung des > 98, 138
- Pfändung 98, 138

#### Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB 98, 263
- = Information des Versicherers 98, 148

#### Auskunftsvertrag

- Schaden
- = Vermögensdisposition 98, 34
- Telefonauskunft ohne Honorar 98, 123
- Vorsteuererstattung 98, 34

#### Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

#### Belehrungspflicht des RA

- Ausgleichsanspruch, Auslandsvertreter 98, 107
- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

#### Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt
- = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu > 98, 9
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
- = Familienvertrag 98, 173
- = Verbandsinformationen 98, 227
- >, ungefragte
- = Dauermandat, Gestaltungsmöglichkeiten 98, 31
- = Steuererklärung, Veräußerungsverlust 98, 273
- Familienvertrag
- = Durchführung des > 98, 173
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Konkursantragspflicht, GmbH 98, 244
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

#### Beratung

- Umfang 98, 9

#### Berufshaftpflichtversicherung

- Rechtsanwalt
- = Einkommen, geringes 98, 190
- = Kanzlei in Italien 98, 29

#### Berufungsbegründung

- Bezugnahme auf Schriftstück 98, 239
- Darlegungslast 98, 168
- Streitgegenstände, mehrere 98, 168

#### Berufungsbegründungsfrist

- Fehler, offenkundige 98, 163
- Verlängerung, mündliche 98, 93
- Wiedereinsetzung 98, 3, 114



<b>Berufungsfrist</b>			
- Parteibezeichnung, irrtümliche	98, 143	- Ausnutzung der Frist	98, 43
- Parteiwechsel, gewillkürter	98, 143	= Verkehrsunfall	98, 215
- Urteilszustellung, unvollständige	98, 142	- Bote	
		= Weisung	98, 19
<b>Berufungsschrift</b>		- Eingangsmitteilung des Gerichts	98, 214
- Falschbezeichnung, erkennbare	98, 143	- Eingangsstempel	98, 61
<b>Beschwerde, § 15 BNotO</b>		- Fristenkontrollbuch	
- > wg. Anderkonto	98, 138	= Friststreichung	98, 20, 22
<b>Beweis, § 286 ZPO</b>	98, 198	- >, doppelte	98, 191
<b>Beweislast</b>		- >, überobligationsmäßige	98, 191
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene		- Fristenüberwachung durch RA	
= Anscheinsbeweis	98, 36	= > bei Aktenvorlage	98, 221, 240
= > des Notars	98, 278	= > vor Aktenvorlage	98, 191
- Erfüllung, Buchführungsvertrag	98, 67	= > durch amtlich bestellten Vertreter	98, 240
- Schaden		= > bei Vorfristablauf	98, 43
= Alternativverhalten, rechtmäßiges	98, 198	- Fristlöschung	98, 166
= Auskunft, fehlerhafte	98, 34	- Fristversäumnis, unverschuldetes	
- Zugang bei Gericht	98, 61	= Brief an unzuständiges Gericht	98, 165
<b>Bilanzerstellung</b>		= Falschadressierung	98, 77
- Buchfälschung des Mandanten	98, 72	= Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel	98, 24
- Rechnungsabgrenzungsposten	98, 198	= Verkehrsunfall	98, 215
<b>Bindungswirkung</b>		= Weiterleitung durch Gericht	98, 165
- Auskunft des Finanzamts	98, 210	- Hörfehler	98, 161
<b>Buchführungsauftrag</b>		- Organisationsanweisung	
- Erfüllung des >	98, 67	= Darlegung, schlüssige	98, 25
<b>Darlegungslast</b>		- Parteibezeichnung, irrtümliche	98, 143
- Prozeßführungsfehler	98, 170	- Rechtsmittelauftrag	98, 210
- Übergabe der Unterlagen	98, 279	= > an Kollegen	98, 161
<b>Dritthaftung</b>		- Telefax, Telebrief	
- Pflichtprüfung	98, 217	= OK-Vermerk, Sendebericht	98, 166
- Prüfungsauftrag	98, 72	- Vorfrist	98, 43
- Vermögensaufstellung	98, 149	- Weisung an Bürokräft	
- Vertrag mit Schutzwirkung		= Eindeutigkeit	98, 19
zugunsten Dritter		- Zustellung, unvollständige	98, 142
= Abschlußprüfung	98, 217	<b>Geldspielgeräte</b>	
= Gegenläufigkeit der Interessen	98, 217	- Rechtsprechungsänderung	
= Haftungsbeschränkung	98, 217	= Verbandsinformationen, Mitverschulden	98, 227
= Pflichtprüfung	98, 217	<b>Gesamtvollstreckung</b>	
= Prüfungsauftrag	98, 8	- Abtretung, Wirkung der >	98, 138
<b>Eidesstattliche Versicherung</b>		- Vormerkung nach Konkurseröffnung	98, 138
- Rechtsbehelf	98, 236	<b>Geschäftsgrundlage</b>	
- Wirkung, aufschiebende	98, 236	- Vergleich, Rechtsirrtum	98, 36
<b>Erlaß</b>		<b>GI Aktuell</b>	
- Wegfall der Bereicherung	98, 210	- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer	98, 23
<b>Familienverträge</b>		- Arbeitsmittel	98, 54
- Arbeitsverträge, wechselseitige	98, 262	- Arbeitszimmer	
- Mietvertrag mit Angehörigen		= Höchstbetrag	98, 54
= Durchführung des >	98, 173	- Bausparkassen, vereinnahmte	
<b>Finanzamt</b>		Abschlußgebühren	98, 132
- Auskunft des >		- Bewirtungskosten, Journalisten	98, 82
= Bindungswirkung	98, 210	- Bilanzveröffentlichung	98, 24
- Rückforderungsanspruch des >		- Doppelte Haushaltsführung	98, 81
= Wegfall der Bereicherung	98, 210	- Gemeinnützigkeit, Förderverein Motorsport	98, 28
<b>Finanzgerichtsklage</b>		- Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage	98, 28
- Verfahrensfehler		- Gemeinnützigkeit, Verwaltungskosten	98, 262
= Beweisaufnahme, unterlassene	98, 210	- Gewerbesteuer, Goldschmied	98, 160
<b>Freie Mitarbeiter</b>		- Grunderwerbsteuer	98, 160
- Honoraranspruch	98, 16	- Kindergeld, Auszahlung	98, 184
- Wettbewerbsverbot	98, 16	- Kosten künstlicher Befruchtung	98, 2
<b>Fristenkontrolle</b>		- Landesabfallabgabengesetz	98, 152
- Aktenvorlage	98, 45, 221, 240	- Notar, Beurkundung im Ausland	98, 132
- Auftragsannahme	98, 210	- Patentgebühren, Rechtsberatung?	98, 80
- Ausgangskontrolle	98, 166	- Postversand, Verrechnungsschecks	98, 178
= Postausgangsfach	98, 22	- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs	98, 106
		- Sozietät RA/WP	98, 158
		- Steuerhaftung, Vereinsvorsitzender	98, 236
		- Trinkgelder, Lohnsteuer	98, 23
		- Umsatzsteuer	
		= Abwasserbeseitigung	98, 178
		- Verfassungsbeschwerde, Mißbrauchsgebühr	98, 54
		- Vermietung, Liebhaberei	98, 2
		- Verpackungsteuer, kommunale	98, 152
		- Zwei-Konten-Modell	98, 28

## GmbH

- Geschäftsführer  
= Konkursantragspflicht 98, 244
- = Sozialversicherungspflicht 98, 244
- Kapitalerhöhungsschwindel 98, 153
- Veräußerungsverlust 98, 273

## Grundstückshandel

- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen 98, 9

## Honoraranspruch des RA

- Gebührenvereinbarung 98, 55
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO 98, 55
- Sittenwidrigkeit 98, 55

## Honoraranspruch des StB

- Bürgschaft  
= Verjährung der Hauptschuld 98, 263
- = Vollstreckungsgegenklage 98, 263
- Einnahme-/Überschußrechnung  
= > wg. Einkünften aus Kapitalvermögen 98, 147
- = > wg. nichtselbständiger Arbeit 98, 147
- Freie Mitarbeiter 98, 16
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV  
= Bestimmungsrecht, Festlegung 98, 46
- Kündigung des StB-Vertrages 98, 170
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV  
= Änderung, nachträgliche 98, 46
- = >, niedrige 98, 46
- Schlechtleistung 98, 170
- Verjährung des > 98, 263
- Verjährungsunterbrechung  
= Anerkenntnis 98, 263
- = Klage gegen Bürgen 98, 263
- Vorschriftspflicht 98, 170

## Honoraranspruch des WP

- Verjährung 98, 263

## Honorarhaftung

- Auftrag an RA-Kollegen 98, 272

## Insolvenzanfechtung

- Sicherungsübereignung  
= > an RA und StB 98, 146

## Inventur

- Anwesenheit des Abschlußprüfers 98, 72

## Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung der > 98, 77
- Unterschrift 98, 77, 154
- Vordruck, amtlicher 98, 153

## Kausalität

- Beratungsfehler, fehlende Mandanteninformation 98, 133
- Fehler des Gerichts 98, 133
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden  
= Verhalten, beratungskonformes 98, 63, 107
- Schutzzweck  
= Auskunftsfehler 98, 34
- Unterbrechung der >  
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 98, 115
- Ursachenkette 98, 133

## Kenntnis des Steuerrechts

- Zeitschriften  
= IStR 98, 227

## Konkursantragspflicht

- Pflicht des StB? 98, 244

## Konkursverwalter

- Ansprüche des > 98, 253
- Haftung  
= Umsatzsteuer, Checkliste 98, 101
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs 98, 106

## Lohnsteuerhaftung

- Erstattung vom Arbeitnehmer 98, 115

## Mandantenstamm

- Verpachtung des > 98, 282

## Mitverschulden

- Erfüllungsgehilfe des Mandanten 98, 36
- Verbandsmitteilungen 98, 227
- Vorsatz des Geschädigten 98, 253

## Nachbesserung

- Recht des StB 98, 115

## Nichtzulassungsbeschwerde

- Begründung der > 98, 262
- > durch Steuerberatungs-GmbH 98, 262

## Notar

- Anderkonto  
= Auszahlungsanspruch 98, 138

## Notarkammer

- Vertrauensschadenversicherung 98, 211

## Pachtvertrag

- Mandantenstamm 98, 282
- Pachtzins, angemessener 98, 282

## Parteiverrat, § 356 StGB

- Mandat, neues 98, 97

## Pfändung

- Auszahlungsanspruch, Anderkonto 98, 138

## Praxisveräußerung

- Jahresumsatz  
= DATEV-Anteil 98, 99

## Prozeßauftrag

- Fehler, Darlegungslast 98, 170

## Prozeßvollmacht

- Name des Vertreters, fehlender 98, 205

## Rechtsanwalt

- Beratungspflicht  
= Restitutionsklage 98, 237
- Berufsbezeichnung  
= Versicherungsberater 98, 24
- Kanzleisitz Italien 98, 29
- Rechtsmittelauftrag  
= Auftragsannahme 98, 210
- = Sozietät, überörtliche 98, 210
- Restitutionsklage  
= Frist 98, 237
- Sachverhaltsermittlung 98, 133
- Tätigkeitsschwerpunkt  
= Forderungseinzug 98, 25
- Unterhaltsklage  
= Abänderungsklage 98, 133
- Vergleich, ungünstiger 98, 133
- Zugewinnausgleich, Abfindung 98, 36
- Zwangsvollstreckung, verzögerte 98, 117

## Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- IHK-Beiträge 98, 230
- Mietvertrag 98, 95
- Mitarbeiter-Beteiligungsmodell 98, 69
- Rechtsberatungsgesetz  
= Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB 98, 69
- Vertragserstellung  
= Wirtschaftsberatung 98, 69
- Verwaltungsgerichtsverfahren 98, 230
- Wiederholungsabsicht 98, 69
- Wirtschaftsberatung 98, 188
- Wirtschaftsprüfer  
= Rückübertragungsansprüche 98, 184

<b>Rechtsmittelauftrag</b>	98, 210	<b>Telefax/Telebrief</b>	
- Angaben	98, 161	- Änderung des >	98, 210
- Sozietät, überörtliche	98, 210	- Ausgangskontrolle	98, 166
<b>Rechtsprechungsänderungen</b>		- Zugangsnachweis	
- EuGH	98, 227	= OK-Vermerk, Sendebericht	98, 166
- Verbandsinformationen, Mitverschulden	98, 227	<b>Telefonauskunft</b>	
- Wiedereinsetzung		- ohne Honorar	98, 123
= Postweiterleitung	98, 165	<b>Testat</b>	
<b>Revision</b>		(s. auch Bestätigungsvermerk)	
- Einlegung der >		- Bilanzfälschung	98, 72
= Ordnungsmäßigkeit	98, 236	- Ergänzung des >	98, 72
<b>Sachverhaltsermittlung</b>		- Verantwortungsbereich	98, 72, 149
- > durch RA		<b>Treuhänder</b>	
= > wg. Vorprozeß	98, 133	- Auftragsinhalt	98, 174
<b>Schaden</b>		- Auszahlungsprüfung	98, 174
- Anspruch gegen Dritte	98, 36	- Bautenstand	98, 174
- Auskunft, fehlerhafte	98, 34	- Mittelverwendungskontrolle	98, 225
- Eigentumswohnungen, Aufteilung in >	98, 9	- Verflechtungen	98, 174
- Gewinn, entgangener	98, 63	- Versicherungsschutz	
- Gewinnausschüttung, verdeckte	98, 268	= Pflichtverletzung, wissentliche	98, 225
- Lohnsteuerhaftung	98, 115	<b>Urkundenfälschung</b>	
- Schadenbetrachtung, konsolidierte	98, 268	- Telefaxänderung	98, 210
- Schutzbereich der Pflichtverletzungen	98, 198	<b>Verfassungsbeschwerde</b>	
- Zinsschaden, Steuererklärungsfrist	98, 12	- Mißbrauchsgebühr	98, 54
<b>Schlichtungsklausel</b>	98, 210	<b>Vergleich</b>	
<b>Selbstanzeige</b>		- Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum	98, 36
- BP-Ergebnis, Anerkennung des >	98, 153	<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>	
- OWiG-Verfahren	98, 77	- Verjährungsbeginn	
<b>Sozietät</b>		= Prozeßfehler	98, 83
- >, gemischte		<b>Verjährung, § 51 BRAO a.F.,</b>	
= Haftung für Anwaltsfehler	98, 117	<b>§ 51b BRAO n.F.</b>	
- >, überörtliche		- Steuerberatung	
= Rechtsmittelauftrag	98, 210	= Fachanwalt für Steuerrecht	98, 247
- Sozietätsvertrag		<b>Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO</b>	
= Auseinandersetzung	98, 210	- Arglisteinwand	98, 86
- Schlichtungsklausel	98, 210	- Belehrungspflicht über Fehler	
= Zahlungsanspruch	98, 210	in eigenen Arbeiten und Verjährungs-	
- Sozios, neuer	98, 117	vorschrift, Sekundäranspruch	
<b>Steuerberater</b>		= Anlaß für >	98, 124
- Verpachtung des Mandantenstammes	98, 282	= Ende der >, anwaltliche Beratung	98, 124
<b>StB-GmbH</b>		= Ende der >, Beratung durch StB/	
- Haftung für Geschäftsführerhandeln,		Rechtsbeistand	98, 124
§ 31 BGB	98, 48	= Kausalität für Verjährungseintritt	98, 124
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		= Verletzung, schuldhaft, der >	98, 124
- Bankgespräch	98, 9	- Verjährungsbeginn, Beratungsfehler	
- Fördermittelantrag	98, 250	= Folgefehler	98, 83, 86
- Gefälligkeit	98, 123	= Folgegeschäden	98, 86
- Inhalt des >		= Fristversäumnis	98, 185
= Beratung, betriebswirtschaftliche	98, 69	= Klage, aussichtslose	98, 86
- Telefonauskunft	98, 123	= Prozeßfehler	98, 83
<b>Steuererklärung</b>		= Rechtskraft des Steuerbescheides	98, 86, 185
- Prüfung der tatsächlichen Angaben	98, 153	= Säumniszuschläge	98, 279
- Unterzeichnung der >	98, 153	= Sozialversicherungsberatung	98, 244
<b>Steuerfahndung</b>		= zwei Fehler	98, 83
- Beschlagnahmebefugnis		- Verjährungshemmung	
= nach Verfolgungsverjährung	98, 77	= Vorprozeß	98, 185
<b>Steuergestaltungsberatung</b>		- Verjährungsverzicht, Versicherer	98, 279
- >, ungefragte	98, 31	<b>Verschwiegenheit</b>	
- Verlustverrechnung	98, 31	- Vertrag mit Eheleuten	
<b>Steuerhaftung</b>		= Tod eines Auftraggebers	98, 276
- > des Konkursverwalters		<b>Versicherungsschutz</b>	
= Umsatzsteuer, Checkliste	98, 102	- Abtretungsverbot	98, 211
<b>Steuerhinterziehung</b>		- Angaben zu Vorschäden	98, 194
- Feststellungen des Gerichts	98, 153	- Ansprüche gegen den Versicherer	
- Steuerfahndungsbericht	98, 153	= Anspruch des Mandanten	98, 229
- Strafzumessung	98, 210	- Ausschlagung der Erbschaft	98, 229
- Umsatzsteuervoranmeldung	98, 210		

- Bindungswirkung des Haftpflichturteils = Vertrauensschadenversicherung	98, 211	- Niederlegung = Postzustellungsurkunde	98, 256
- Pflichtverletzung, wissentliche = Grundregeln	98, 225	- Urteilsseite, fehlende	98, 142
= „Primitivwissen“	98, 205		
- Rechtsschutzversicherung = > für Vorstand	98, 82	BVerfG v. 11.7.1997 - 2 BvR 7/92	98, 77
- Tod des Versicherungsnehmers	98, 229	[2. Kammer] = wistra 97, 297	
- Trennungsprinzip	98, 211	BVerfG v. 29.10.1997 - 1 BvR 780/97	98, 81
- Treuhänder	98, 225	BVerfG v. 5.1.1998 - 2 BvR 2198/97	98, 54
- Versichererwechsel	98, 194	BVerfG v. 29.5.1998 - 1 BvR 1773/96	98, 159
- Vertrauensschadenversicherung	98, 211		
<b>Vertrauensschadenversicherung</b>	98, 211	BVerwG v. 26.8.1997 - BVerwG 1 C 1.96	98, 205
		= WPK-Mitt. 98, 166	
<b>Vollmacht</b>		BGH v. 24.2.1994 - IX ZR 126/93	98, 244
- > durch Telefax	98, 262	BGH v. 18.11.1996 - AnwZ (B) 25/96	98, 190
- Vorlage, Fristsetzung	98, 106	= NJW-RR 97, 696	
<b>Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO</b>		BGH v. 28.11.1996 - I ZR 184/95	98, 222
- Verjährungseinrede des Bürgen	98, 263	BGH v. 14.1.1997 - VI ZB 24/96	98, 45
		= NJW 97, 1311 = VersR 97, 598	
<b>Vorteilsausgleichung</b>		BGH v. 13.2.1997 - III ZR 285/95	98, 3
- Voraussetzung, Schaden	98, 34	= NJW 97, 1309 = VersR 97, 643	
		BGH v. 27.2.1997 - I ZB 50/96	98, 6
<b>Werbeverbot</b>		= NJW 97, 1708 = VersR 97, 767	
- Empfehlung in Zeitungen	98, 222	BGH v. 21.4.1997 - II ZR 317/95	98, 40
- Forderungseinzug	98, 25	= WPK-Mitt. 97, 240 = NJW 97, 2178	
- Informationsbrief	98, 204	= BGHZ 135, 260	
- Praxisveranstaltung	98, 184	BGH v. 15.5.1997 - IX ZR 167/96	98, 55
- Selbstdarstellung, erlaubte	98, 222	BGH v. 15.5.1997 - 5 StR 45/97	
		= wistra 97, 302	98, 153
<b>Wettbewerbsverbot</b>		BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96	98, 25
- Freie Mitarbeiter	98, 16	BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 65/96	98, 24
		BGH v. 27.5.1997 - VI ZB 10/97	98, 43
<b>Wiedereinsetzung</b>		= NJW 97, 2825 = VersR 97, 1252 = AnwBl 97, 622	
- Antrag		BGH v. 28.5.1997 - III ZR 277/95	98, 8
= Begründungsfrist	98, 214	= BB 97, 1685	
= Darlegung, schlüssige	98, 25	BGH v. 10.7.1997 - IX ZB 57/97	98, 20
= Frist	98, 6	= VersR 97, 1552 = BB 97, 2024	
= Fristbeginn	98, 106	BGH v. 12.8.1997 - VI ZB 22/97	98, 19
= Organisationsanweisungen	98, 25	= VersR 98, 77 = MDR 97, 1051	
= Sachvortrag, unvollständiger	98, 6	BGH v. 9.9.1997 - IX ZB 80/97	98, 22
= Sachvortrag wg. Faxfehler	98, 82	= NJW 97, 3446 = VersR 98, 254	
= Vollmacht	98, 262	BGH v. 18.9.1997 - IX ZR 49/97	98, 58
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)		BGH v. 22.10.1997 - VIII ZB 33/97	98, 93
- Fristenkontrolle		BGH v. 30.10.1997 - VII ZB 19/97	98, 61
= Eingangsmitteilung des Gerichts	98, 214	BGH v. 3.11.1997 - VI ZB 47/97	98, 221
- Glaubhaftmachung		BGH v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96	98, 168
= Eidesstattliche Versicherung	98, 255	BGH v. 13.11.1997 - IX ZR 37/97	98, 36
= Fristenkontrollbuch	98, 255	= NJW 98, 749 = WM 98, 297	
- Weiterleitung an zuständiges Gericht	98, 165	BGH v. 19.11.1997 - VIII ZB 33/97	98, 166
		BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 286/96	98, 34
<b>Wirtschaftsprüfer</b>		BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 62/97	98, 31
- Rechtsberatung		BGH v. 24.11.1997 - AnwZ (B) 38/97	98, 29
= Gesellschaftsvertragsänderung	98, 188	BGH v. 27.11.1997 - IX ZR 141/96	98, 63
= Rückübertragungsanspruch	98, 184	BGH v. 1.12.1997 - II ZR 85/97	98, 165
= Wirtschaftsberatung	98, 188	BGH v. 10.12.1997 - VI ZR 238/97	98, 82
- Zulassung		BGH v. 11.12.1997 - IX ZR 278/96	98, 146
= Anstellung, Verbandsgeschäftsführer	98, 205	BGH v. 11.12.1997 - IX ZR 46/97	98, 242
		BGH v. 15.12.1997 - Stb St (R) 5/97	98, 184
		= WPK-Mitt. 98, 164	
<b>Zugang</b>		BGH v. 16.12.1997 - VI ZR 279/96	98, 143
- Beweis des >	98, 61	BGH v. 17.12.1997 - VIII ZR 235/96	98, 107
- Eingangsstempel	98, 61	BGH v. 18.12.1997 - IX ZR 153/96	98, 268
<b>Zugewinnausgleich</b>		BGH v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96	98, 86
- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher	98, 36	BGH v. 13.1.1998 - VIII ZB 48/97	98, 114
		= NJW 98, 1155 = WM 98, 735	
<b>Zurückbehaltungsrecht</b>		BGH v. 21.1.1998 - 5 StR 686/97	98, 210
- Buchungsunterlagen	98, 249	= wistra 98, 146	
- Einstweilige Verfügung		BGH v. 5.2.1998 - VII ZB 8/97	98, 240
= Herausgabe an Mandanten	98, 249	BGH v. 11.2.1998 - VIII ZB 50/97	98, 163
- Sicherheitsleistung	98, 249	BGH v. 12.2.1998 - IX ZR 190/97	98, 83
		= NJW-RR 98, 742 = WM 98, 786	
<b>Zustellung</b>		BGH v. 10.3.1998 - X ZB 31/97	98, 142
- Ersatzzustellung		= NJW 98, 1959 = WM 98, 1305 = BB 98, 1232	
= Familienangehörige des Steuerberaters	98, 205	BGH v. 10.3.1998 - XI ZB 1/98	98, 239

BGH v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97 = WM 98, 921 = BB 98, 1026	98, 138	LG Hamburg v. 6.3.1998 – 651 StL 27/97 = WPK-Mitt. 98, 168	98, 204
BGH v. 2.4.1998 – III ZR 245/96	98, 217	LG Heidelberg v. 29.9.1997 – 4 O 53/97 = MDR 98, 188	98, 249
BGH v. 2.4.1998 – IX ZR 107/97	98, 133		
BGH v. 21.4.1998 – VI ZB 8/98	98, 161	LG Köln v. 21.4.1997 – 110 Qs 5/97 = wistra 97, 237	98, 77
BGH v. 23.4.1998 – I ZB 2/98	98, 215		
BGH v. 30.4.1998 – VII ZB 5/97	98, 191	LG Krefeld v. 27.2.1998 – 5 O 255/97	98, 279
BGH v. 30.4.1998 – IX ZR 150/97 = WM 98, 1275	98, 132	LG Meiningen v. 14.1.1998 – 3 O 1387/96	98, 250
BGH v. 12.5.1998 – VI ZB 10/98	98, 214	LG Tübingen v. 26.9.1997 – 2 O 57/97, rkr.	98, 227
BGH v. 27.5.1998 – IV ZR 166/97	98, 211	LG Wuppertal v. 10.2.1998 – 5 O 241/97, n.rkr	98, 253
BGH v. 16.6.1998 – XI ZR 254/97	98, 178		
BGH v. 9.7.1998 – IX ZR 272/96	98, 263	AG Aachen v. 23.9.1997 – 12 C 187/97 = BRAK-Mitt. 98, 51	98, 272
BGH v. 9.7.1998 – IX ZR 324/97	98, 237	AG Düsseldorf v. 22.1.1997 – 28 C 16886/96 = NJW-RR 97, 922	98, 229
KG v. 16.9.1997 – 6 U 7835/95, rkr.	98, 194		
Brandenburgisches OLG v. 18.9.1996 – 7 U 8/96 = AnwBl 98, 281	98, 210	BFH v. 16.10.1996 – II R 3/96 = BFH/NV 97, 359	98, 25
OLG Düsseldorf v. 14.4.1994 – 13 U 105/93	98, 48	BFH v. 21.10.1996 – VI R 4/94 = BFH/NV 97, 330	98, 24
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 255/95	98, 46	BFH v. 18.12.1996 – I R 128-129/95 = WPK-Mitt. 97, 247	98, 282
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 10/96	98, 124	BFH v. 22.1.1997 – III B 189/96 = BFH/NV 97, 517	98, 262
OLG Düsseldorf v. 27.2.1997 – 13 U 8/96	98, 170	BFH v. 5.2.1997 – V B 109/96 = BFH/NV 97, 589	98, 262
OLG Düsseldorf v. 20.3.1997 – 18 U 47/96 = VersR 98, 117	98, 275	BFH v. 12.2.1997 – X B 297/97 = BFH/NV 97, 592	98, 82
OLG Düsseldorf v. 20.3.1997 – 13 U 61/96	98, 276	BFH v. 25.2.1997 – VII R 129/95 = BFH/NV 97, 542	98, 236
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 107/94	98, 198	BFH v. 28.2.1997 – VI R 119/95 = BFH/NV 97, 595	98, 77
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 9/96	98, 67	BFH v. 17.3.1997 – I B 96/96 = BFH/NV 97, 545	98, 255
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 65/96	98, 99	BFH v. 4.6.1997 – IV R 79/96 = BFH/NV 98, 2	98, 205
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 108/96	98, 148	BFH v. 18.6.1997 – III R 84/96	98, 2
OLG Düsseldorf v. 15.5.1997 – 13 U 8/96	98, 147	BFH v. 25.6.1997 – VIII B 35/96 = BFH/NV 98, 8	98, 153
OLG Düsseldorf v. 5.6.1997 – 13 U 116/96	98, 273	BFH v. 14.7.1997 – V B 19/97 = BFH/NV 98, 48	98, 106
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 227/96	98, 115	BFH v. 16.7.1997 – III R 266/94	98, 153
OLG Frankfurt v. 18.9.1997 – 15 U 112/96	98, 117	BFH v. 29.7.1997 – IX R 20/96 = WPK-Mitt. 98, 171	98, 205
OLG Frankfurt v. 9.7.1998 – 16 W 9/98	98, 244	BFH v. 29.7.1997 – VII B 127/97 = BFH/NV 98, 64	98, 106
OLG Hamm v. 22.9.1995 – 25 U 2/95	98, 69	BFH v. 14.8.1997 – III B 58/97	98, 154
OLG Hamm v. 15.11.1995 – 25 U 157/94	98, 16	BFH v. 4.9.1997 – VII B 149/97 = BFH/NV 98, 337	98, 210
OLG Hamm v. 15.5.1996 – 25 U 54/95	98, 9	BFH v. 19.9.1997 – V B 39/97 = BFH/NV 98, 280	98, 210
OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96	98, 95	BFH v. 30.9.1997 – IX R 80/94	98, 2
OLG Hamm v. 8.11.1996 – 25 U 188/95	98, 12	BFH v. 2.10.1997 – IV R 41/97 = BFH/NV 98, 343	98, 256
OLG Hamm v. 5.12.1997 – 25 U 55/97 – vgl. v. 13.12.1995 = Gl 96, 117	98, 173	BFH v. 10.10.1997 – X B 59/97 = BFH/NV 98, 448	98, 262
OLG Hamm v. 21.1.1998 – 25 U 108/97, n.rkr.	98, 247	BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94	98, 23
OLG Jena v. 29.7.1997 – 1 Ss 318/96 = wistra 98, 73	98, 153	BFH v. 25.11.1997 – VII B 188/97 = LEXinform 0145092	98, 236
OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 – 2 Ss 259/96 = wistra 97, 315	98, 97	BFH v. 26.11.1997 – III R 109/93 = BFH/NV 98, 808	98, 210
OLG Karlsruhe v. 3.9.1997 – 1 U 60/97	98, 185	BFH v. 8.1.1998 – V R 32/97	98, 178
OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 U 759/97, n. rkr. = AnwBl 98, 223	98, 188	Sächsisches FG v. 23.2.1995 – 2 K 48/95 = EFG 97, 761; Revision: BFH – III R 58/95	98, 77
OLG Köln v. 28.1.1997 – 9 U 62/96 = r+s 97, 496	98, 225	OFD Hannover v. 31.7.1997 – S 0190 – 6-StO 321/b 0190 – 68-StH 551	98, 102
OLG Köln v. 12.5.1997 – 14 UF 79/97 = AnwBl 98, 279	98, 210	VGH Baden-Württemberg v. 6.9.1996 – 9 S 2152/96 = RBeistand 97, 63	98, 230
OLG Oldenburg v. 18.9.1997 – Ss 335/97 = wistra 98, 71	98, 153		
OLG Oldenburg v. 5.12.1997 – 13 U 58/97, rkr.	98, 278		
OLG Saarbrücken v. 15.4.1992 – 5 U 105/88 = r+s 92, 336	98, 205		
OLG Saarbrücken v. 23.8.1996 – 10 O 226/93	98, 174		
OLG Schleswig v. 30.1.1998 – 1 U 108/97	98, 123		
OLG Zweibrücken v. 3.4.1998 – 1 Ss 34/98 = wistra 98, 195	98, 210		
LG Braunschweig v. 5.9.1997 – 5 O 80/97, n. rkr.	98, 149		
LG Dresden v. 21.1.1997 – 41 O 680/97 = AnwBl 98, 221	98, 184		
LG Frankfurt v. 8.4.1997 – 2/18 O 475/95, n. rkr. = WPK-Mitt. 97, 236	98, 72		

Notarhaftung • Beurkundung  
im Ausland • Formgerechte  
Urkunde • Notarvertreter (BGH);  
Wiedereinsetzung • Glaubhaft-  
machung • Indizienkette • Post-  
laufzeiten (BGH);  
Prozeßkostenhilfe • Beschwerde  
• Frist (OLG Düsseldorf);  
Steuerberaterhaftung • Schaden  
• Erwerb einer Eigentums-  
wohnung • Vor- und Nachteile  
(OLG Düsseldorf);

Berichtigung rechtskräftiger  
Steuerbescheide • Verschulden  
des Steuerpflichtigen • Voll-  
ständigkeitsprüfung • Disagio  
(FG Hessen);  
Steuerberaterhaftung • Bar-  
einlagepflicht • Mandanten-  
verschulden • Register-  
anmeldung (LG Lüneburg);  
Steuerberaterhaftung • Steuer-  
freie Entnahme • Schaden •  
Belehrungspflichten (LG Bonn)



Welche Rechte und Pflichten haben  
Steuerberater, Wirtschaftsprüfer  
und Rechtsanwälte gegenüber Ihren  
Mandanten, deren Kreditgebern,  
Lieferanten und gegenüber Kollegen?  
Die GI-Gesamtausgabe zeigt Ihnen  
anhand zum Teil sonst nicht ver-  
öffentlichter Rechtsprechung die  
Grenzen und Risiken Ihres Berufs-  
alltags auf.

Das ausführliche Stichwort- und Ent-  
scheidungsregister sowie die Volltext-  
suche erschließen die Urteile – für  
eine komfortable Recherche und den  
schnellen Zugriff auf Sachthemen.  
Musterverträge bieten die Möglichkeit,  
eine elektronische Vertragsverwaltung  
aufzubauen.

#### GI BEILAGE 11/98

Für eine zeitlich befristete Sonder-  
tranche stellt Gerling Leben für  
anspruchsvolle Kunden eine besonders  
starke Lösung zur Verfügung:  
Sicherheit mit Profit.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

**Herausgeber:**  
Gerling  
Unternehmenskommunikation  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-72 98  
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

**Redaktion:**  
Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

**Erscheinungsweise:**  
12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

**Verlag:**  
Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

**Layout und Satz:**  
Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

**Druck:**  
Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

**Bezugsmöglichkeiten:**  
Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.